DOKUMENTE

DER GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCH-SOWJETISCHE FREUNDSCHAFT

REDEN N. S. CHRUSCHTSCHOWS IN PARIS UND BERLIN

PRESSESTIMMEN DES WESTLICHEN AUSLANDES

Herausgeber: Bezirksvorstand Groß-Berlin
Sonderdruck des „Neuen Stern"

ERKLÄRUNG

des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Sergejewitsch Chruschtschow auf der Vorbesprechung mit den Staatsoberhäuptern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs in Paris am 16. Mai 1960

„Herr Präsident de Gaulle!

Herr Premierminister Macmillan!

Herr Präsident Eisenhower!

Erlauben Sie mir, mich mit folgender Erklärung an Sie zu wenden. Bekanntlich haben die amerikanischen Luftstreitkräfte vor kurzem einen provokatorischen Akt gegen die Sowjetunion verübt. Er bestand darin, daß am 1. Mai dieses Jahres ein militärisches Spionageflugzeug der USA in die Sowjetunion eingedrungen ist, um einen bestimmten Spionageauftrag zu erfüllen, nämlich Nachrichten über militärische und Industrieobjekte auf dem Territorium der UdSSR zu sammeln. Nachdem die aggressive Absicht dieses Fluges zutage trat, wurde das Flugzeug von einer sowjetischen Raketeneinheit abgeschossen. Leider ist es kein Einzelfall, daß die USA-Luftstreitkräfte aggressive und Spionageakte gegen die Sowjetunion verüben.

Selbstverständlich war die Sowjetregierung gezwungen, diese Handlungen nach Gebühr zu beurteilen und ihren treubrüchigen Charakter aufzudecken, der mit den elementaren Regeln für normale Beziehungen zwischen Staaten in Friedenszeiten unvereinbar ist. Ganz zu schweigen davon, daß dies in krassem Widerspruch zu der Aufgabe steht, die internationalen Spannungen zu mindern und die notwendigen Voraussetzungen für eine fruchtbare Arbeit der Gipfelkonferenz zu schaffen. Das geschah sowohl in meinen Ausführungen auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR als auch in einer Protestnote an die Regierung der USA.

Das USA-Außenministerium verbreitete zunächst die unsinnige Version, das amerikanische Flugzeug habe die Grenze der UdSSR zufällig verletzt und keinerlei Spionage- und Diversionsaufträge gehabt. Als unwiderlegbare Tatsachen die offenkundige Verlogenheit dieser Version zeigten, erklärten das Außenministerium am 7. Mai und später der Außenminister am 9. Mai im Namen der Regierung der USA, die amerikanische Luftwaffe unternehme zu Zwecken der Militärspionage Flüge über sowjetisches Territorium im Rahmen eines von der Regierung der USA und dem Präsidenten persönlich gebilligten Programms. Zwei Tage später bestätigte Präsident Eisenhower selbst, die Flüge amerikanischer Flugzeuge über dem Territorium der Sowjetunion seien nach wie vor eine wohlbedachte Politik der USA.

Das gleiche erklärte die Regierung der USA auch in einer Note an die Sowjetregierung vom 12. Mai. Somit verstößt die USA-Regierung grob gegen die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts und die edlen Prinzipien der UN-Charta, unter der auch die Unterschrift der Vereinigten Staaten von Amerika steht.

Diese Erklärungen führender Staatsmänner der USA wurden von der Sowjetregierung und dem ganzen Volk der Sowjetunion ebenso wie von allen ehrlichen Menschen in der Welt, die um den Frieden besorgt sind, mit Entrüstung aufgenommen.

Jetzt, da die Regierungschefs der vier Mächte nach Paris gekommen sind, um an dieser Konferenz teilzunehmen, erhebt sich die Frage: Wie kann man fruchtbar Verhandlungen führen und die vor der Konferenz stehenden Fragen erörtern, wenn die Regierung der USA und der Präsident persönlich nicht nur den provokatorischen Akt des Einflugs eines amerikanischen Militärflugzeuges in die Sowjetunion nicht verurteilen, sondern auch noch erklärt haben, daß derartige Handlungen auch in Zukunft die offizielle Politik der USA gegenüber der Sowjetunion bleiben? Wie kann man sich über irgendwelche Fragen einigen, die geregelt werden müssen, damit die Spannung vermindert und Argwohn und Mißtrauen zwischen den Staaten beseitigt werden, wenn die Regierung einer der Großmächte rundheraus erklärt, die Verletzung der Grenzen einer anderen Großmacht zu Spionage- und Diversionszwecken und damit Verschärfung der Spannung in den Beziehungen zwischen den Mächten sei ihre erklärte Politik? Es ist klar, daß die Verkündung einer solchen Politik, die man nur unter Bedingungen verfolgen kann, da sich die Staaten im Kriegszustand befinden, die Gipfelkonferenz von vornherein zum völligen Scheitern verurteilt.

Wir nehmen selbstverständlich zur Kenntnis, daß die USA-Regierung diese Politik verkündet hat, und erklären, daß wir die amerikanischen Flugzeuge abschießen werden, falls sie wieder in die Sowjetunion eindringen.

Die Sowjetregierung behält sich das Recht vor, in all diesen Fällen entsprechende Gegenmaßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die die staatliche Souveränität der UdSSR verletzen und Spionage- und Diversionsakte gegen die Sowjetunion begehen. Die Regierung der UdSSR erklärt erneut, daß gegen Staaten, die ihr Territorium für amerikanische Militärstützpunkte zur Verfügung stellen und bei aggressiven Handlungen gegen die UdSSR Mithilfe leisten, ebenfalls gebührende Maßnahmen ergriffen werden, bis zu Schlägen gegen diese Stützpunkte.

In diesem Zusammenhang muß man auch auf die Erklärung Präsident Eisenhowers hinweisen, er könne unter der Drohung mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR nicht an der Gipfelkonferenz teilnehmen, obwohl das, was er als Drohung bezeichnete, lediglich eine Erklärung der Sowjetregierung über ihre feste Entschlossenheit war, mit den Überresten des Krieges in Europa aufzuräumen, Frieden zu schließen und auf diese Weise die Lage, besonders in Westberlin, mit den lebenswichtigen Forderungen und den Interessen des Friedens und der Sicherheit der europäischen Völker in Einklang zu bringen. Wie kann nun die Sowjetregierung an Verhandlungen teilnehmen, da die USA-Regierung eine wirkliche Drohung aussprach, als sie erklärte, daß sie auch in Zukunft die Verletzung der Grenzen der UdSSR fortsetzen werde, daß amerikanische Flugzeuge über das Territorium der Sowjetunion geflogen seien und weiter fliegen würden? Damit erklärte die Regierung der USA ihre Absicht, mit den unerhörten und beispiellosen Handlungen gegen die Souveränität des Sowjetstaates, die ein heiliges und unerschütterliches Prinzip der internationalen Beziehungen ist, fortzufahren.

Daraus folgt, daß es für einen Erfolg der Konferenz notwendig ist, daß die Regierungen aller teilnehmenden Mächte eine offene und ehrliche Politik verfolgen und feierlich erklären, daß sie gegeneinander keine Handlungen unternehmen werden, die eine Verletzung der staatlichen Souveränität darstellen.

Das bedeutet: Wenn die Regierung der USA tatsächlich bereit ist, mit den Regierungen der anderen Mächte im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens und der Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten zusammenzuarbeiten, dann muß sie e r s t e n s die unzulässigen, provokatorischen Handlungen der

USA-Luftstreitkräfte gegen die Sowjetunion verurteilen und zweitens auf die Fortsetzung derartiger Handlungen und einer derartigen Politik gegen die UdSSR verzichten. Es versteht sich von selbst, daß die Regierung der USA in diesem Fall nicht umhin kann, die unmittelbar Schuldigen an der vorsätzlichen Verletzung der Staatsgrenze der UdSSR durch amerikanische Flugzeuge streng zur Verantwortung zu ziehen.

Solange die Regierung der USA dies nicht tut, sieht die Sowjetregierung keine Möglichkeit für fruchtbare Verhandlungen mit der Regierung der USA auf der Gipfelkonferenz. Sie kann nicht zu den Verhandlungspartnern gehören, wenn einer von ihnen den Treubruch zur Grundlage seiner Politik gegenüber der Sowjetunion gemacht hat.

Würde die Sowjetregierung unter diesen Umständen an Verhandlungen teilnehmen, die von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, dann würde sie auf diese Weise zum Mitbeteiligten an einem Betrug an den Völkern werden. Das aber will sie nicht.

Es versteht sich von selbst: Wenn die Regierung der USA erklärt, daß die USA mit ihren Flugzeugen nicht mehr die Staatsgrenzen der UdSSR verletzen werden, daß sie die provokatorischen Handlungen, die in der Vergangenheit unternommen wurden, verurteilen und die unmittelbar Schuldigen an diesen Aktionen bestrafen werden, wodurch der Sowjetunion gleiche Bedingungen mit den anderen Mächten gewährleistet würden, dann bin ich als Chef der Sowjetregierung bereit, an der Konferenz teilzunehmen und alles daran zu setzen, um zu ihrem Erfolg beizutragen.

Durch die provokatorischen Flüge amerikanischer Militärflugzeuge und vor allem dadurch, daß derartige provokatorische Flüge für die Zukunft zur offiziellen Politik der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber den sozialistischen Ländern erklärt werden, sind neue Bedingungen in den internationalen Beziehungen entstanden.

Verständlicherweise können wir unter diesen Umständen nicht auf einer Konferenz arbeiten, und zwar deshalb nicht, weil wir sehen, von welchem Standpunkt aus man mit uns sprechen will: unter der Androhung aggressiver Erkundungsflüge. Es ist bekannt, daß Spionageflüge zu Erkundungszwecken vorgenommen werden, um einen Krieg zu beginnen. Daher weisen wir die Bedingungen zurück, die die Vereinigten Staaten von Amerika für uns schaffen. Wir können nicht an irgendwelchen Verhandlungen und selbst nicht an der Lösung solcher Fragen teilnehmen, die schon spruchreif sind, weil wir sehen, daß die Vereinigten Staaten nicht wünschen, zu einer Einigung zu gelangen.

Sie gelten in den westlichen Ländern als Führer. Folglich wäre eine Konferenz gegenwärtig unnütze Zeitverschwendung und ein Betrug der öffentlichen Meinung aller Länder. Ich wiederhole: Wir können in dieser Situation nicht an Verhandlungen teilnehmen.

Wir wollen an Verhandlungen nur auf gleicher Basis, bei gleichen Möglichkeiten für die eine wie für die andere Seite teilnehmen.

Wir halten es für notwendig, daß uns die Völker aller Länder der Welt, daß uns die Öffentlichkeit richtig verstehen. Die Sowjetunion gibt die Bemühungen zur Herbeiführung eines Übereinkommens nicht auf, und wir sind überzeugt, daß vernünftige Übereinkommen möglich sind, aber anscheinend nicht zu dieser, sondern zu einer anderen Zeit.

Aber dazu ist zunächst folgendes notwendig: Die USA müssen anerkennen, daß die provokatorische Politik, die sie zur Politik „freier" Flüge über unserem Land erklärt haben, verurteilt wird, sie müssen auf diese Politik verzichten, zu-

geben, daß sie eine Aggression begangen haben, und anerkennen, daß sie dies bedauern.

Die Sowjetregierung ist zutiefst überzeugt: Wenn nicht die gegenwärtige Regierung der USA, dann eine andere, wenn nicht diese andere, so eine dritte wird begreifen, daß es keinen anderen Ausweg als die friedliche Koexistenz der beiden Systeme, des kapitalistischen und des sozialistischen, gibt. Entweder friedliche Koexistenz oder Krieg, der allen, die heute eine Aggressionspolitik betreiben, die Katastrophe bringen wird.

Daher meinen wir, daß man eine bestimmte Zeit verstreichen lassen muß, damit die aufgetauchten Fragen sich abklären und damit diejenigen, die die Verantwortung für die Festlegung des politischen Kurses des Landes haben, sich klarwerden, welche Verantwortung sie auf sich geladen haben, indem sie einen aggressiven Kurs in den Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern verkündet haben. Daher sind wir der Meinung: Es gibt keinen besseren Ausweg, als die Konferenz der Regierungschefs um etwa sechs bis acht Monate zu vertagen.

Die Sowjetunion wird ihrerseits in ihren Bemühungen nicht nachlassen, um ein Übereinkommen zu erzielen. Ich denke, daß die öffentliche Meinung unseren Standpunkt richtig verstehen wird, daß man uns die Möglichkeit genommen hat, an diesen Verhandlungen teilzunehmen.

Wir glauben jedoch fest an die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz, weil den Glauben an die friedliche Koexistenz verlieren hieße, die Menschheit zu einem Krieg verdammen, hieße, die Unvermeidlichkeit der Kriege anerkennen; es ist indessen bekannt, welches Unglück ein Krieg unter heutigen Bedingungen allen Völkern bringen würde.

Ich möchte mich an das Volk der Vereinigten Staaten von Amerika wenden. Ich war in den USA und kam dort mit verschiedenen Schichten des amerikanischen Volkes zusammen. Und ich bin zutiefst davon überzeugt, daß alle Schichten des amerikanischen Volkes keinen Krieg wollen. Eine Ausnahme bilden nur eine kleine Gruppe Wildgewordener im Pentagon und die sie unterstützenden militaristischen Kreise, die aus dem Wettrüsten riesige Profite herausschlagen und die sich über die Interessen des amerikanischen Volkes, über die Interessen der Völker aller Länder hinwegsetzen und eine abenteuerliche Politik betreiben.

Wir danken Präsident de Gaulle für die Gastfreundschaft und für die Möglichkeit, in Paris, der Hauptstadt Frankreichs, zusammenzukommen. Wir schätzen auch die Bemühungen der Regierung Großbritanniens und Premierminister Macmillan persönlich.

Wir bedauern, daß dieses Treffen von den reaktionären Kreisen der Vereinigten Staaten von Amerika durch die provokatorischen Flüge amerikanischer Militärflugzeuge über der Sowjetunion torpediert worden ist.

Wir bedauern, daß diese Zusammenkunft nicht zu den Resultaten geführt hat, die alle Völker der Welt von ihr erwartet haben. Die Schande trifft die, und verantwortlich dafür sind die, die die räuberische Politik gegenüber der Sowjetunion proklamiert haben.

Wie bekannt, hatten wir mit dem Präsidenten der USA, Herrn Eisenhower, einen Besuchsaustausch vereinbart. Im September vorigen Jahres habe ich den USA einen Besuch abgestattet. Wir waren mit diesem Besuch, mit den Begegnungen und Aussprachen, die wir in den Vereinigten Staaten hatten, sehr zufrieden und dankten dafür.

Der Präsident der USA sollte unserem Land einen Gegenbesuch abstatten. Wir hatten vereinbart, daß er am 10. Juni zu uns kommt, und wir bereiteten uns darauf vor, den hohen Gast gut zu empfangen.

Leider haben sich jetzt durch die provokatorischen Aggressionshandlungen gegen die UdSSR Umstände ergeben, in denen wir der Möglichkeit beraubt sind, den Präsidenten mit der Gastfreundschaft zu empfangen, mit der die sowjetischen Menschen gern gesehene Gäste zu empfangen pflegen. Eine solche Gastfreundschaft können wir dem Präsidenten der USA gegenüber nunmehr nicht bekunden, da sich infolge der provokatorischen Flüge amerikanischer Militärflugzeuge zu Erkundungszwecken Umstände ergeben haben, die für diesen Besuch offenkundig ungünstig sind. Die sowjetischen Menschen können und wollen sich nicht verstellen.

Deshalb vertreten wir den Standpunkt, daß die Reise des USA-Präsidenten in die Sowjetunion jetzt verschoben und der Termin für diesen Besuch vereinbart werden muß, wenn die Bedingungen dafür reif sind. Dann wird das Sowjetvolk gegenüber dem hohen Gast als Vertreter der Großmacht, mit der wir aufrichtig in Frieden und Freundschaft leben wollen, die gebührende Gastfreundschaft und Herzlichkeit bekunden können.

Ich glaube, sowohl Herr Eisenhower als auch das amerikanische Volk werden mich richtig verstehen.

Die Sowjetregierung erklärt, daß sie ihrerseits auch künftighin alles nur mögliche tun wird, um die internationale Entspannung zu fördern und zur Lösung der uns heute noch trennenden Probleme beizutragen;

wir werden uns dabei von den Interessen der Stärkung des großen Friedenswerks auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung leiten lassen.“

ERKLÄRUNG

Nikita Sergejewitsch Chruschtschows auf der Pressekonferenz am 18. Mai 1960 in Paris

Meine geehrten Damen und Herren!

Sie kennen offenbar schon die Erklärung, die ich am 16. Mai vor dem Präsidenten Frankreichs, de Gaulle, dem Premierminister Großbritanniens, Macmillan, und dem Präsidenten der USA, Eisenhower, abgegeben habe.

Die Umstände, unter denen die Sowjetregierung es für notwendig erachtete, diese Erklärung abzugeben, sind allgemein bekannt: Ich meine die aggressiven Flüge amerikanischer Militärflugzeuge über der Sowjetunion am Vorabend des Gipfeltreffens sowie die öffentliche Erklärung der Regierung der USA, daß diese Flüge zu ihrer Staatspolitik gehören.

Jetzt will man uns beschuldigen, die Sowjetunion lehne es angeblich ab, an der Konferenz teilzunehmen und stelle den USA irgendwelche Ultimaten. **Aber wir haben erklärt und erklären, daß wir zur Teilnahme an der Konferenz bereit sind, wenn die USA-Regierung öffentlich die Beleidigung zurücknimmt, die sie unserem Lande durch ihre aggressiven Handlungen zugefügt hat. Wir sind jedoch bis jetzt noch nicht davon überzeugt, daß sich die von den Vereinigten Staaten unternommenen Spionageflüge nicht wiederholen werden.** Erinnern Sie sich, wie sich die Führer der Vereinigten Staaten aufführten, nachdem sie auf frischer Tat ertappt worden waren.

Ich werde mich auf Dokumente und nur auf Dokumente berufen.

Am 5. Mai, als die ganze Welt erfuhr, daß über sowjetischem Boden ein amerikanisches Militärflugzeug abgeschossen worden war, erklärte das USA-Außenministerium, das sei ein Flugzeug gewesen, das zur Sammlung meteorologischer Angaben über der Türkei geflogen sei. Es wurde ferner behauptet, der Pilot habe mitgeteilt, daß das Sauerstoffgerät versagt habe. Infolgedessen sei der Pilot bewußtlos geworden, und unter diesen Umständen habe das Flugzeug den Flug noch eine beträchtliche Strecke mit Kurssteueranlage fortgesetzt, wobei es zufällig in den sowjetischen Luftraum einfliegen konnte. Es wurde mitgeteilt, daß nach dem Flugzeug auf türkischem Territorium in der sehr gebirgigen Gegend des Van-Sees gefahndet werde.

Nach unserer Mitteilung, daß das amerikanische Flugzeug im Raum von Swerdlowsk abgeschossen wurde und daß der festgenommene Flieger seine Spionagetätigkeit gestanden hat, erklärte USA-Außenminister Herter am 9. Mai, daß dies wirklich eine Spionageflugzeug gewesen ist. Mehr noch, er sagte, diese Flüge würden gemäß Weisungen des Präsidenten und entsprechend einem Programm vorgenommen, das „weitgehende Beobachtung aus der Luft", darunter „durch Eindringen" in den sowjetischen Luftraum, umfaßt. Das war die freche Erklärung des Herrn Herter.

Am 11. Mai bestätigte Präsident Eisenhower selbst die Erklärung Herters.

Am 12. Mai erklärte die Botschaft der USA in Moskau in ihrer Note an die Sowjetregierung erneut, die aggressiven Spionageflüge bildeten die vorsätzliche Politik der Vereinigten Staaten.

In Paris gibt nun der USA-Präsident eine Erklärung ab, nach der die Vereinigten Staaten „ihre Flüge eingestellt" hätten und sie nicht wieder aufnehmen würden. Unter Bezugnahme auf diese Phrase fragen manche: Was will die Sowjetunion mehr? Die Gefahr der Flüge amerikanischer Militärflugzeuge über der Sowjetunion würde doch aufgehoben. Diese Erklärung würde vielleicht die Handlanger des Imperialismus zufriedenstellen.

Die Imperialisten sind es gewohnt, so zu handeln wie einst die russischen Kaufleute: Sie beschmierten den Dienern die Lippen mit Senf, und diese sagten „Danke schön" und verneigten sich tief.

Wir können uns mit Beleidigungen nicht abfinden. Wir haben unseren Stolz und unsere eigene Würde. Wir vertreten einen mächtigen sozialistischen Staat.

Da hat nun Eisenhower auf der Vorbesprechung am 16. Mai erklärt: Der Sinn seiner Worte von einer Aussetzung der Flüge amerikanischer Flugzeuge besteht darin, daß diese Flüge in der Zeit, in der er den Posten eines Präsidenten bekleiden wird, nicht wiederaufgenommen werden. Ich weiß natürlich nicht, welchen Beschluß der nächste Präsident fassen wird, sagte Eisenhower.

Somit verheißt der Präsident der USA nicht etwa Verzicht auf die Aggressionspolitik, sondern nur eine zeitweilige „Aussetzung" der Flüge bis Januar 1961. Es ist allerdings keine sehr lange Frist, die uns der Herr Präsident da für die Einstellung der provokatorischen Politik der Spionageflüge verspricht. Doch internationale Beziehungen darf man nicht auf der Amtszeit dieser oder jener verantwortlichen Person aufbauen. Welchen Wert hätte sonst jedes internationale Abkommen?

Folgt man der Logik des Präsidenten der USA, so ist es unmöglich, Verhandlungen, beispielsweise über die Abrüstung, zu führen. Nehmen wir an, heute wird ein Abkommen unterzeichnet, morgen aber kann es seine Rechtskraft verlieren und in den Papierkorb geworfen werden, da die Person, die das Abkommen unterzeichnet hat, von ihrem Posten abtritt.

Aus der Erklärung des Präsidenten Eisenhower ergibt sich, daß die Entscheidung über die Frage, ob amerikanische Militärflugzeuge über der UdSSR fliegen werden oder nicht, nur von ihm abhängt. Sieh doch einer an, welche Anmaßung! Nun erklärt er, sie würden nicht fliegen. Welcher Großmut!

Präsident Eisenhower kann natürlich darüber entscheiden, ob Flugzeuge geschickt werden sollen oder nicht. Etwas ganz anderes ist es aber, ob sie über unserem Territorium werden fliegen können. Darüber entscheiden wir und dabei völlig unzweideutig: Wir werden diese Flugzeuge abschießen, wir werden vernichtende Schläge gegen die Stützpunkte führen, von denen sie starten sowie gegen diejenigen, die diese Stützpunkte angelegt haben und wirklich über sie verfügen. Es geht also nicht um eine „Gnadenbezeigung" seitens Präsident Eisenhowers für die Sowjetunion. Wir fordern von der USA-Regierung keine „Gnade", sondern eine ehrliche Verurteilung der räuberischen Flüge amerikanischer Erkundungsflugzeuge.

Präsident Eisenhower mißbilligte indessen mit keinem Wort die provokatorische Politik gegenüber der Sowjetunion, auf Grund deren die Spionageflüge durchgeführt wurden. Kann eine derartige Erklärung des Präsidenten etwa jemanden anderen als den Aggressor selbst befriedigen?

Die Erklärung Eisenhowers, er habe die Provokationsflüge für die Zeit, während der er im Weißen Haus sitzt, eingestellt, ist kein Geständnis, nicht einmal ein halbes, sondern das Umgehen eines Geständnisses und folglich der Verantwortung für seine aggressiven Handlungen. Doch die Kniffe und gar die halben Geständnisse der Politiker haben es diesen nie ermöglicht, sich der Verantwortung vor der Geschichte zu entziehen. Selbst den Kindern sagt man: Hast du Schlimmes angerichtet — gib es zu und sage „ich werde das nicht wieder tun". In den Staatsangelegenheiten ist es um so wichtiger, daß man ein vollständiges Geständnis ablegt und alle notwendigen Konsequenzen daraus zieht.

Das Sowjetvolk, die öffentliche Meinung unseres Landes und aller friedliebenden Länder würden uns nicht verstehen, wenn wir uns mit den Ausflüchten des

Präsidenten der USA und mit der von ihm „bescherten Gnade", die Flüge über der Sowjetunion bis Januar 1961 auszusetzen, zufriedengeben würden.

Bei uns mußte auch die einer Drohung ähnliche Erklärung Eisenhowers Befremden hervorrufen, er beabsichtige, der Organisation der Vereinten Nationen einen neuen Plan des „offenen Himmels" vorzulegen. Nachdem man sich im Pentagon davon überzeugen mußte, daß amerikansichen Spionageflugzeugen der Weg in den sowjetischen Himmel verschlossen ist, hat man sich dort offenbar entschieden, Flugzeuge mit ähnlichen Zielen, aber unter der Flagge der UNO, auszuschicken. Man muß berücksichtigen, daß die Organisation der Vereinten Nationen kein Bundesstaat der USA und auch keine Zweigstelle des Pentagons ist und auf eine so entwürdigende Rolle verzichten wird.

Meldungen einiger von Ihnen besagen, die Flüge amerikanischer Luftpiraten über der Sowjetunion seien lediglich ein „geringfügiger Zwischenfall". Sie vertreten hier die Presse verschiedener Staaten, und da möchte ich Sie einmal fragen: Wie würden Sie zu Ihrer Regierung stehen, wenn sie gleichgültig und sorglos bliebe, falls Militärflugzeuge von Ländern, die Sie manchmal selbst als eventuelle militärische Gegner bezeichnen, Ihre Städte überfliegen würden? Würden Sie eine solche Regierung respektieren? Würden sich Ihre Familien und Sie selbst ruhig fühlen, wenn Sie das Dröhnen eines fremden Militärflugzeugs über Ihren Köpfen zu hören bekommen?

Die sowjetischen Menschen haben doch dasselbe Recht, solche Überlegungen anzustellen, um so mehr, als die Völker unseres Landes zwei überaus blutige Kriege in Erinnerung haben, die uns von außen her aufgezwungen worden sind. Zwei Kriege, die Millionen und aber Millionen Menschenleben hingerafft haben!

Es ist bezeichnend, daß die Regierungen jener Länder, die ihr Territorium unbedacht für die Vorbereitung und Durchführung der aggressiven Spionageflüge über dem Territorium der UdSSR zur Verfügung gestellt haben, jetzt gezwungen sind, sich in diesem oder jenem Maße vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen und sich von den Handlungen des amerikanischen Militärklüngels zu distanzieren. Sie beginnen offenbar zu begreifen — und wir sind sicher, daß dies in absehbarer Zeit alle verstehen werden, die ihren Boden für amerikanische Militärstützpunkte zur Verfügung gestellt haben —, daß mit diesen Dingen nicht zu scherzen ist.

Die Sowjetregierung bedauert, daß es nicht gelungen ist, die Konferenz jetzt abzuhalten, sie konnte aber, wie ich schon gesagt habe, keinen anderen Standpunkt beziehen. Wir haben alles getan, damit die Zusammenkunft der vier Regierungschefs gut vorbereitet werde, und einige Hitzköpfe in den Vereinigten Staaten von Amerika haben sie torpediert, noch bevor sie beginnen konnte.

Ich wiederhole, meine Herren: Die Sowjetunion tritt unbeirrbar für die friedliche Koexistenz, für Verhandlungen, für vernünftige gegenseitig annehmbare Abkommen ein. Wir werden in dieser Richtung wirken in der Überzeugung, daß unsere Friedenspolitik bei allen Völkern Sympathie und Verständnis findet, und wir möchten glauben, daß dies auch die führenden Männer der Westmächte anstreben werden und daß wir in sechs bis acht Monaten wieder in einer neuen, günstigeren Situation mit unseren Partnern zusammenkommen werden, um die reifgewordenen internationalen Probleme zu erörtern und zu lösen — wenn sie Interesse an den Tag legen und diesem Treffen zustimmen, die erforderliche politische Lage für dieses Treffen schaffen, das heißt, wenn sie keine Provokationen gegen die sozialistischen Länder unternehmen.

Diese Stunde kann auch früher kommen, jedoch nur in dem Falle, wenn es allen verständlich ist, daß es niemand gelingen wird, die Sowjetunion, die sozia-

listischen Länder durch provokatorische Handlungen einzuschüchtern. **Uns zu beugen ist unmöglich! Mit uns kann und muß man nur auf der Grundlage der Gleichheit, ohne Drohung und Erpressung, verhandeln und sich einigen.**

Ich möchte dem Präsidenten Frankreichs, General de Gaulle, Dank sagen für die den Regierungschefs gebotene Möglichkeit, in Paris zusammenzukommen, und für seine Bemühungen darum, daß die Gipfelkonferenz stattfinde, daß unsere Begegnungen so verlaufen, wie es vereinbart war und den Zielen entsprechen, um derentwillen wir hierher gekommen sind.

Heute habe ich dem Präsidenten Frankreichs meinen Abschiedsbesuch abgestattet. Wir hatten einen Meinungsaustausch, und ich freue mich, daß bei uns das gemeinsame Streben zutage getreten ist, auch weiterhin für die Entwicklung und Festigung unserer Beziehungen in allen Richtungen zu wirken. Ich begrüße das und spreche meine Befriedigung darüber aus, daß wir uns mit dem Präsidenten in dieser überaus wichtigsten Frage verstehen.

Ich möchte mich auch dem Premierminister Großbritanniens, Herrn Macmillan, für seine Anteilnahme und für den Eifer erkenntlich zeigen, den er bekundete, damit die Gipfelkonferenz zustande kommt.

Allerdings kann ich nicht umhin, zugleich ein gewisses Bedauern auszudrücken. Hätten der Präsident Frankreichs und der Premierminister Großbritanniens sich auf den Boden einer objektiven Beurteilung der Tatsachen gestellt und nicht ihren Bindungen als Verbündete nachgegeben, hätten sie größeren Willen an den Tag gelegt, dann wären die führenden Staatsmänner der Vereinigten Staaten möglicherweise gezwungen gewesen, ihre Aggressionshandlungen zu verurteilen, und auf diese Weise wären Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß die Gipfelkonferenz stattfindet und nützliche Resultate zeitigt, die die Völker der ganzen Welt voller Hoffnung erwarteten. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle am 20. Mai 1960

Einwohner Berlins!

Herzlichen Dank für diesen freundschaftlichen Empfang. Wir betrachten all das als Ausdruck der Solidarität, als Ausdruck der brüderlichen Gefühle zur Sowjetunion, zu ihrem Volk, zu unserer Kommunistischen Partei, zu den großen Ideen des Marxismus-Leninismus, von denen sich die Völker unserer Länder in ihrem Leben, in ihrer Arbeit und in ihrem Kampf leiten lassen.

Sie wissen selbstverständlich, daß in Paris das Treffen der Regierungschefs der vier Großmächte stattfinden sollte, auf das alle Menschen der Welt gewartet haben. Die ganze Welt erwartete, daß auf dieser Konferenz jene Fragen erörtert und entschieden werden würden, die zur Normalisierung der internationalen Beziehungen beitragen sollten, und daß die Konferenz die Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher sozialer und gesellschaftlicher Ordnung bestätigen würde.

Bedauerlicherweise hat das Gipfeltreffen nicht stattgefunden. Es wurde durch die provokatorischen, aggressiven Handlungen der herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika torpediert. Das weiß heute die ganze Welt, und wie sich die amerikanischen Diplomaten und jene gewissenlosen Politiker, die die Verantwortung für das Scheitern dieser Konferenz von sich abwälzen möchten, auch drehen und wenden mögen — die Wahrheit wird sich doch durchsetzen!

Die Sowjetunion hat sich eingehend auf das Gipfeltreffen vorbereitet, hat alles getan, damit bei der Vorbereitung auf die Konferenz keine Komplikationen eintreten. Wir haben keine militärischen Alarme und atomare Luftschutzübungen ausgelöst, wir haben keine militärischen Aufklärungsflugzeuge in die Vereinigten Staaten von Amerika entsandt. Wir haben uns mit den ernstesten und besten Absichten auf das Gipfeltreffen vorbereitet.

Die westlichen Teilnehmer des Gipfeltreffens haben zwar mit Unterschieden, aber wie es uns schien, ebenfalls die gleiche Ansicht vertreten. Und wenn wir auch bereits lange vor Beginn der Konferenz Alarmzeichen erhielten, so glaubten wir doch, daß die Vernunft die Oberhand gewinnen würde. Das war ermutigend und besagte, daß mehr oder weniger normale Bedingungen geschaffen werden würden, die sich günstig auf die Erörterung der komplizierten internationalen Probleme auswirken würden.

Offensichtlich ging jedoch in den Vereinigten Staaten von Amerika ein versteckter und verwickelter Kampf der verschiedenen politischen Kräfte vor sich, der ernste Befürchtungen wach werden ließ.

Sie werden sich daran erinnern, daß ich bei meiner Rückkehr von meiner Reise durch die Vereinigten Staaten von Amerika darüber gesprochen habe. Wir haben uns damals nicht übereilt, auf viele Fragen eine endgültige Antwort zu geben. Wir haben verfolgt, ob in den Vereinigten Staaten die Kräfte des kalten Krieges und des Wettrüstens siegen oder die Anhänger der friedlichen Koexistenz Oberhand gewinnen werden.

Zwar habe ich schon damals betont, daß für Präsident Eisenhower schwierigere Bedingungen gegeben sind als für mich, den Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR. In unserem Lande herrscht in den Fragen der Außen- und Innenpolitik sowohl innerhalb der Kommunistischen Partei, innerhalb der Sowjetregierung als auch im Volk völlige Einheit. In den Vereinigten Staaten befinden sich starke und einflußreiche Kreise, die an einer Beseitigung der Spannungen und des kalten Krieges nicht interessiert sind, in der nahen Umgebung des Präsidenten und üben Druck auf ihn aus. Und hier haben wir das Resultat. Anstatt zu

einem Übereinkommen in Fragen der Abrüstung, der Einstellung der Kernwaffenversuche beizutragen, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und damit die Westberlinfrage zu lösen, dringt mit Wissen des Präsidenten der USA ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug als Aggressor in die Grenzen unseres Landes ein.

Bedenken Sie, unmittelbar vor Beginn der Konferenz, am Vorabend des Treffens der Regierungschefs, als — ich möchte sagen — von jeder Seite besondere Zurückhaltung geboten gewesen wäre, um das Vertrauen nicht zu untergraben und die Konferenz nicht scheitern zu lassen, plötzlich ergingen sich die Staatsmänner der Vereinigten Staaten wie auf Kommando in provokatorischen und drohenden Reden. Diese Reden enthielten viele unfreundliche Worte in bezug auf die Sowjetunion und die sozialistischen Länder. Scharf und frech traten Herter, Dillon und Nixon auf. Es war vollkommen klar, was hier los war. Es war klar, daß sich all diese Redner untereinander abgesprochen hatten. Der Präsident der USA schloß sich ihnen auf einer Pressekonferenz an und sagte, daß in ihren Reden die Politik der Vereinigten Staaten dargelegt werde.

Somit hatten sich unsere schlimmsten Befürchtungen über die Kräfteverteilung in den Vereinigten Staaten von Amerika bewahrheitet.

Alles sprach dafür, daß die Regierung der Vereinigten Staaten keine Lösung der herangereiften Fragen wünschte. Sie strebte nicht nur die Konferenz nicht an, sondern tat alles, um einen neuen Anlaß zur Zuspitzung der Beziehungen zu finden, die Atmosphäre bis zum äußersten zu erhitzen und denjenigen die normalen Bedingungen zu entziehen, die sich in Paris treffen wollten.

Die Sowjetregierung jedoch strebt zäh und beharrlich nach Frieden. Um die herangereiften Fragen vernünftig zu lösen, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, in Ruhe zu arbeiten und zu leben, ist sie bereit, auch die kleinste Chance, auch die kleinste Möglichkeit zu nutzen. Uns schien, daß die Hoffnung noch nicht verloren sei, und wir bereiteten uns weiterhin auf dieses Treffen vor.

Natürlich haben wir nicht erwartet, daß all diese Fragen auf einmal und auf einem Treffen geregelt werden. Jedoch haben wir angenommen, daß einige der grundlegenden Fragen gelöst werden können und daß außerdem die Orientierung gegeben wird, auf diplomatischem Wege oder seitens der Außenminister Abkommen vorzubereiten.

Die reaktionären Kräfte der Vereinigten Staaten und besonders das Pentagon fürchteten augenscheinlich die Möglichkeit, daß die Konferenz günstig ausgeht, und haben alles unternommen, um das Zusammentreffen zu torpedieren, um ein Übereinkommen zu verhindern. Sie schickten am 9. April ein Militärflugzeug zu Aufklärungszwecken in unser Land. Wie ich bereits sagte, beschlossen wir damals, nicht zu protestieren, damit sich unsere Gegner nicht darüber freuen können. Sie haben wahrscheinlich so gerechnet: Wenn sie das Flugzeug nicht abgeschossen haben, dann bedeutet das, daß sie nicht in der Lage sind, ihren Himmel vor unserem Eindringen zu schützen.

Damit wurde ein Druck auf uns ausgeübt. Die Politiker des Pentagon beschlossen, die Aggression zu wiederholen und setzten den nächsten Flug eines Spionageflugzeuges zum internationalen Feiertag des Proletariats, zum 1. Mai fest. Aber hier ist, wie man so sagt, etwas anderes herausgekommen, als sie es sich vorgestellt hatten. Das Flugzeug ist abgeflogen, aber nicht am Endziel angekommen. Das Flugzeug wurde abgeschossen, und jetzt sind seine Trümmer an einem zuverlässigen Endziel — in Moskau auf der Ausstellung —, und der Pilot wird vor Gericht gestellt.

Jetzt aber sind die Haie des Imperialismus erst in Eifer geraten. Wie es üblich ist, hätten sich die Aggressoren in diesem Augenblick entschuldigen, den Verstoß

verurteilen, die Versicherung abgeben müssen, daß sich so etwas nicht wiederholt und die Schuldigen bestraft werden. Aber nein, die Wut machte die Aggressoren blind. Sie erklärten, daß sie bereits früher Flugzeuge zu uns geschickt haben und das auch in Zukunft tun werden, da Handlungen dieser Art den Interessen der nationalen Politik der Vereinigten Staaten entsprächen. Sieh' mal einer an, wozu sie sich verstiegen haben.

Das war Treuebruch. Ich wiederhole dieses Wort oft, da es schwer ist, ein anderes Wort zu finden, daß so genau die Unvernunft, die Abenteuerlichkeit der Handlungen der Staatsmänner der USA kennzeichnen würde.

Nur unverfrorene und hochnäsige Menschen können annehmen, daß es ihnen gestattet ist, wenn sich am Himmel fremde Flugzeuge zeigen, als Antwort sofort Atombomber zu schicken, und daß ihre Flugzeuge in einen fremden Luftraum eindringen können.

Wahrscheinlich hat es geklappt, als sie in den Luftraum einiger Länder eingedrungen sind. Sie haben es schon viele Male getan und tun es augenblicklich. **Aber dem Feind ist es nicht gestattet, in den Luftraum des Sowjetlandes einzudringen. Wenn er es tut, dann findet er hier sein Grab.**

Wir haben diesen aggressiven Akt auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR verurteilt. Unser ganzes Volk hat ihn verurteilt. Jetzt hat die Sowjetunion diese Frage im Sicherheitsrat aufgeworfen, und unser Außenminister Genosse Gromyko hat sich bereits dorthin begeben.

Wir sind nicht der Ansicht, daß dieser aggressive Akt der amerikanischen Militärclique ein direkter Vorbote des Krieges ist. Das ist eine Glut von finsteren und bösen Leidenschaften. **Und dadurch, daß wir das Flugzeug abgeschossen haben und diesen aggressiven Akt mit einer solchen Schärfe vor das Gericht der Öffentlichkeit bringen, kühlen wir die heißen Köpfe der Verfechter des kalten Krieges ab.**

Sogar unter den Bedingungen, daß gegen unser Land eine Provokation verübt wurde, sind wir nach Paris gefahren, obgleich wir auch dachten, daß es vielleicht nicht nötig ist. Wollten doch die Amerikaner mit der Entsendung des Flugzeuges einen Druck auf die Sowjetunion ausüben, sie „umgänglicher" machen und ihre Positionen schwächen.

Wahrscheinlich haben Präsident Eisenhower, Herter und Nixon und besonders Allan Dulles schon grinsend das Gesicht verzogen, als sie an das Treffen der Regierungschefs in Paris dachten, wenn Eisenhower auf Chruschtschow schauen wird und denkt — was wollen Sie uns hier überreden, unsere Flugzeuge haben das Territorium der Sowjetunion überflogen. Sie konnten nichts machen und sind trotzdem nach Paris gekommen. Folglich können sie nicht so fordernd bei der Erzielung eines Abrüstungsabkommens, beim Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und anderen Fragen auftreten.

Aber, wie man so sagt, wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Wir haben das Flugzeug mit der ersten Rakete abgeschossen. Getreu unserer Politik des Kampfes um den Frieden, für eine internationale Entspannung, sind wir nach Paris gefahren. Wir beschlossen, mit den Regierungschefs zusammenzukommen und zu erklären, daß die Politik, die die Vereinigten Staaten betreiben, nicht zu einem Übereinkommen führt, sondern zu einer Verschärfung, zu einem Bruch eines möglichen Übereinkommens.

Die Sowjetregierung hat beschlossen, der Regierung der USA zuerst folgende Frage zu stellen: Verurteilt sie ihre Handlung oder nicht? Wenn sie diese verurteilt und die Vereinigten Staaten den aggressiven Akt gegenüber der Sowjetunion zugeben, die Schuldigen bestrafen und sich entschuldigen —, dann

sind wir bereit, uns an den runden Tisch zu setzen, um die notwendigen Übereinkommen zu erreichen.

Fest und entschlossen haben wir unseren Standpunkt dem französischen Präsidenten, General de Gaulle, dem Ministerpräsidenten Großbritanniens, Macmillan, Präsident Eisenhower und auf der Vorbesprechung der Regierungschefs der vier Mächte dargelegt. Alles weitere ist Ihnen bekannt. Eisenhower wurde von den unwiderlegbaren Tatsachen an die Wand gedrückt, versuchte Winkelzüge zu machen und gab es halb zu. Aber in ernsten politischen Angelegenheiten verbessern weder halbe Maßnahmen noch halbe Eingeständnisse die Lage.

Wenn die Sowjetunion sich unter diesen Bedingungen zur Konferenz bereiterklärt hätte, wäre ein Präzedenzfall geschaffen worden. Die amerikanische Militärclique hätte sich einbilden können, daß ihr alles erlaubt ist, daß sie mit uns in der Sprache der Stärke sprechen kann.

Unter diesen Umständen konnten wir nicht auf der Konferenz der Regierungschefs erscheinen.

Alle ehrlichen Menschen sehen, und wer das jetzt noch nicht verstanden hat, der wird es sicher noch verstehen, daß nicht die Sowjetunion daran schuld ist, daß die Konferenz nicht zustande gekommen ist.

Die Tatsache, daß die Konferenz nicht zustande gekommen ist, betrübt natürlich alle Menschen guten Willens. Deshalb machten wir, als uns auf der Vorbesprechung mit den Regierungschefs am 16. Mai klar wurde, daß die Regierung der USA beschlossen hatte, die Konferenz der Regierungschefs scheitern zu lassen, den Vorschlag, diese auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben. Wir kamen zu dem Schluß, daß es am besten wäre, die Konferenz um sechs bis acht Monate zu verschieben, bis die entstandenen Probleme zur Ruhe gekommen wären, bis sich sozusagen der Staub gesetzt hat.

Der von uns vorgeschlagene Termin rief in der westlichen Presse verschiedene Mutmaßungen hervor — weshalb gerade in sechs bis acht Monaten, nicht deshalb etwa, weil in einem halben Jahr in den USA ein neuer Präsident gewählt wird? Wir stellen jedoch die Frage nicht so, daß die Konferenz ohne Eisenhower durchgeführt werden soll, obwohl das natürlich praktisch so sein wird. Uns ist nicht bekannt, wer der nächste Präsident der USA sein wird und welche Politik er verfolgen wird. Vielleicht wird die Politik auch unter dem neuen Präsidenten von den reaktionären Kräften des Pentagon bestimmt werden.

Wir können nur für uns sprechen. Wir sind Realisten und werden niemals eine abenteuerliche Politik betreiben. Die Lage in der Sowjetunion, in allen Ländern des sozialistischen Lagers, ist sehr gut, stabil und wird ständig besser.

Die Sowjetregierung hat vorgeschlagen, die Konferenz in sechs bis acht Monaten einzuberufen. Man sagt „Die Sache will überschlafen sein". Wenn wir für die Lösung der internationalen Streitfragen mit den gegenwärtigen Führern der USA oder während der Amtszeit des Präsidenten, der Eisenhower ablöst, keine gemeinsame Sprache finden, so werden wir den nächsten Präsidenten abwarten.

> **Aber mit der Lösung der Frage der Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges, mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Regelung der Westberlinfrage auf dieser Grundlage werden wir nicht lange warten.**

Wenn die Westmächte dazu keine Bereitschaft zeigen, so werden wir gezwungen sein, die Lösung dieser Fragen zusammen mit den Ländern zu suchen, die zutiefst an der Erhaltung des Friedens in Europa interessiert und bereit sind, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Dennoch glauben wir, wie ein Dichter gesagt hat, daß die Welt nicht ohne gute Seelen ist. Das amerikanische Volk erstrebt wie auch andere Völker den Frieden.

In Amerika gab es Präsidenten, an die man sich in der ganzen Welt, darunter auch in der Sowjetunion, mit Hochachtung erinnert. Das sind Washington, Jefferson, Lincoln, Franklin Roosevelt.

Die Frage der Wahl des Präsidenten der USA wird nicht von uns, sondern vom amerikanischen Volk selbst gelöst. Wir mischen uns in diese Angelegenheit nicht ein und würden das nicht einmal tun, selbst, wenn wir es könnten. Es ist vollkommen klar, daß für die Sicherung des Friedens in der ganzen Welt die Frage größte Bedeutung hat, welche Politik die Vereinigten Staaten von Amerika, dieser mächtigste Staat der kapitalistischen Welt, betreiben wird.

Jetzt, da die Gipfelkonferenz in Paris durch die Schuld der USA nicht stattgefunden hat, ist es vollkommen natürlich, die Frage zu stellen, wie wird denn in den nächsten sechs bis acht Monaten die **Politik** der Sowjetunion, die Politik aller sozialistischen Länder, die zum Warschauer Vertrag gehören, aussehen?

Ich kann nicht für alle sozialistischen Länder sprechen. Wir müssen uns über diese Fragen mit den Regierungen der befreundeten Staaten beraten. Und wir werden das tun, wie ich bereits gestern bei der Ankunft in Berlin gesagt habe.

Was jedoch kann man zweifelsohne für die Politik der Sowjetunion und der anderen Länder des Warschauer Vertrages halten?

Wir werden nichts tun, was die internationale Lage verschärfen und sie zu den schlechtesten Zeiten des kalten Krieges zurückbringen würde. Im Gegenteil wird die Regierung der Sowjetunion wie früher auch jetzt alles Notwendige tun, um zu einer Gesundung der internationalen Lage und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten zu kommen.

Wir beabsichtigen, auch künftig dem Leninschen Kurs der friedlichen Koexistenz der sozialistischen und kapitalistischen Staaten zu folgen, die internationale Entspannung, die Abrüstung und die friedliche Lösung der Streitfragen zu erreichen.

Ist denn etwa beispielsweise das Problem der Abrüstung und der Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges verschwunden? Selbstverständlich nicht. Die letzten Ereignisse haben unsere Entschlossenheit, eine radikale Lösung dieses Problems, die Beseitigung des für die Völker gefährlichen und unnötigen Wettrüstens zu erreichen, nur noch verstärkt.

Jedem ist klar, daß die entscheidende Rolle bei der Verbesserung der internationalen Atmosphäre und der Schaffung normaler Beziehungen zwischen den Ländern die vollständige und allgemeine Abrüstung spielen könnte. **Die Abrüstung ist das Problem aller Probleme.** In der Tat: Ein nervöser, mit einem Revolver ausgerüsteter Mensch greift schon zur Revolvertasche, kaum daß er ein Rascheln gehört hat. Man muß diesen Revolver ins Meer werfen, damit man ihn auch nicht wieder holen kann. Mögen dann nervöse Menschen zur leeren Revolvertasche greifen; **sie werden schnell zu sich kommen und verstehen, daß es bei Streitfragen besser ist, zur Stärke vernünftiger Argumente zu greifen als zu Argumenten der Stärke.**

Ich sage offen, daß wir nach Paris zur Gipfelkonferenz nicht mit einem leeren Koffer gefahren sind. Wir haben konkrete Vorschläge für die Lösung der herangereiften internationalen Probleme mitgenommen.

Die Sowjetunion ist mit dem Verlauf der Genfer Verhandlungen über die Abrüstungsfrage unzufrieden. Immer mehr überzeugen wir uns, daß die Westmächte gegenwärtig keine Abrüstung wollen und nur so tun, als ob sie an der Arbeit dieses Zehner-Ausschusses teilnehmen, weil sie sich nicht entschließen, vor der ganzen Welt zu zeigen, daß sie gegen die Abrüstung sind. Deshalb machen ihre Vertreter in Genf nichts, als Wasser im Mörser zu stampfen. Sie wissen, welche Ergebnisse das hat.

Die Völker der ganzen Welt wollen, daß das Abrüstungsproblem gelöst wird. Und wir werden unsere Anstrengungen nicht aufgeben, sondern noch beharrlicher die Erfüllung ihres Willens anstreben.

Jetzt möchte ich das Problem berühren, das, wie ich verstehe, Sie am meisten bewegt, — ich meine die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die untrennbar mit ihm verbundene Westberlin-Frage. Gestern haben wir über dieses Thema ausführlich mit den führenden Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik gesprochen. Wir haben erneut betont, daß die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik in bezug auf diese Fragen ebenso wie hinsichtlich anderer Probleme einen gemeinsamen Standpunkt haben.

Unsere beiden Staaten bekräftigen, daß es in der jetzt entstandenen Lage keinen anderen Ausweg gibt, als einen Friedensvertrag mit den beiden wirklich bestehenden deutschen Staaten zu unterzeichnen und damit endlich einen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zu ziehen. Auf dieser Grundlage würde auch die Frage der Beendigung der Besatzung Westberlins, für das wir den Status einer Freien Stadt vorgeschlagen haben und vorschlagen, gelöst werden.

Dieser Beschluß würde, wie wir wiederholt unterstrichen haben, die vollkommen anomale Lage beenden, daß mitten im Zentrum der Deutschen Demokratischen Republik Truppen einer ihr feindlichen militärischen Gruppierung stehen und die Zentren der Wühltätigkeit, die dieser Gruppierung gehören, ihr Unwesen treiben.

Gegenwärtig besteht — ich möchte sagen — eine seltsame Lage. Um das faschistische Deutschland zu zerschmettern, brauchten die Staaten der Anti-Hilter-Koalition etwas mehr als 5 Jahre. Um aber einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen, erwiesen sich auch 15 Jahre als zuwenig.

Diese Lage kann man um so weniger dulden, als mit jedem Jahr in Westdeutschland der Einfluß der Kreise wächst, die aus dem vergangenen Krieg keine Lehren gezogen, sich mit der Situation nicht abgefunden haben, die im Ergebnis der Zerschlagung Hitler-Deutschlands entstanden ist. Diese militaristischen Kreise, deren Interessen der Kanzler Adenauer mit solchem Eifer verficht, finden jenseits des Ozeans völlige Unterstützung. Die amerikanischen Imperialisten und die Bonner Revanchisten vereinigt der Haß gegen die Länder des sozialistischen Lagers, wobei Adenauer, nach allem zu urteilen, der Inspirator ihrer gemeinsamen aggressiven Politik ist. Nicht umsonst preisen ihn die reaktionärsten amerikanischen Kreise als den Hauptorganisator des „Kreuzzuges" gegen den Kommunismus.

Von seinem Haß gegen alles Neue, Lebendige, Frische geblendet, läßt sich dieser Mensch von einer Politik leiten, die auf die Vorbereitung eines Revanchekrieges abzielt. Die ehrlichen Deutschen sagen, daß die Handlungen Adenauers in einem gewissen Grade immer mehr an das erinnern, was Hitler tat. Es ist bekannt, **wie der wahnsinnige Führer geendet hat. Aber trotzdem gibt Adenauer keine Ruhe.** Offensichtlich hat ihm der Umstand den Kopf verdreht, daß ihn die Führer der Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika sozusagen zum Statthalter gemacht haben.

Adenauer ist offenbar schon nicht mehr imstande zu verstehen, daß jetzt schon andere Zeiten sind. Die Lage in der Welt hat sich schroff verändert. Über eine Milliarde Menschen gestalten ihr Leben unter dem marxistisch-leninistischen Banner. **Die Völker der sozialistischen Länder verfügen über alle Mittel, um sich nicht nur selbst zu verteidigen, sondern auch einen vernichtenden Gegen-**

schlag zu versetzen, wenn die Aggressoren versuchen sollten, einen neuen Krieg zu entfachen.

Deshalb, Herr Adenauer, freuen Sie sich nicht, daß es Ihnen gelungen ist, wie einige amerikanische Journalisten sagen, den Posten des Außenministers der USA zu erschleichen. Diese Lage währt nicht ewig. Es wird eine Zeit kommen, da auch die Amerikaner klar sehen werden, was wozu gut ist.

Der westdeutsche Kanzler hat nicht wenig Kraft aufgewandt, um die Gipfelkonferenz zu hintertreiben, und jetzt ergeht er sich wahrscheinlich in Schadenfreude. Es ist bezeichnend, daß er jetzt versucht, als Belohnung für sich die Aufhebung der Beschränkungen in der Aufrüstung Westdeutschlands zu bekommen, die die berüchtigten Pariser Verträge auferlegten, und die Amerikaner helfen ihm dabei.

Da nun einmal die Rede von den Gegnern des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit ist, möchte ich noch an einen Vertreter dieses Schlages erinnern. Ich meine den schreihalsigen Bürgermeister Westberlins, Herrn Brandt. Manchmal fuchtelt er doch zu militant mit den Händen! Ich weiß nicht, wo er während des Krieges war, ob er überhaupt mal an der Front war und ob er versteht, wonach das riecht; oder er will die Vergangenheit wiederholen? Das rate ich nicht, Herr Brandt, das ist eine sehr schwere Sache!

Möglicherweise läßt Ihnen Ihr Familienname keine Ruhe, der ja von dem Wort „Brand" kommt. Gegenwärtig rechtfertigen Sie ihn vollkommen. Aber denken Sie daran, solange es nicht zu spät ist: Wenn Sie und Ihre Freunde mit dem Feuer zu spielen beginnen, so kann dieser Brand nicht wiedergutzumachende Folgen nach sich ziehen, und nicht zuletzt für Sie selbst.

In diesen Tagen hat Brandt erklärt, daß Westberlin Anlaß haben wird, „seinen Willen zu bekunden" und sich „mit seinen Freunden aus der Bundesrepublik", d. h. mit Westdeutschland zusammenzuschließen. Aber Sie sollten nicht vergessen, daß Westberlin auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik liegt und daß allen Versuchen Westdeutschlands, es an sich zu reißen, eine vernichtende Abfuhr erteilt werden wird.

Wir haben geglaubt, daß die Gipfelkonferenz die Lösung der wichtigsten Internationalen Fragen, darunter auch die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland, voranbringen wird.

Wie soll man jetzt angesicht der entstandenen Lage verfahren?

Natürlich haben die Sowjetunion und alle friedliebenden Länder jetzt das völlige moralische Recht, ohne weitere Verzögerung diese Frage zu lösen, indem sie den Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnen. Damit wäre auch die Westberlinfrage gelöst.

Es erhebt sich die Frage: Ist nicht die Zeit gekommen, bereits jetzt den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik zu vollziehen? Seinerzeit sind doch die Vereinigten Staaten von Amerika ebenso verfahren, als sie den einseitigen Friedensvertrag mit Japan abschlossen!

Wir haben diese Frage erörtert. Zu folgender Schlußfolgerung sind wir gekommen:

Wir glauben, daß, ungeachtet der Sprengung der Gipfelkonferenz durch die Kräfte der Reaktion, der sich immer breiter entfaltende Kampf der friedliebenden Kräfte um die Festigung des Friedens und die Regelung der internationalen Streitfragen auf dem Wege von Verhandlungen durch ihren Sieg über die Kräfte des Krieges und der Reaktion gekrönt werden wird.

Wir möchten glauben, daß die Gipfelkonferenz in 6 bis 8 Monaten stattfinden wird. Unter diesen Bedingungen hat es Sinn, noch etwas zu warten und zu ver-

suchen, durch gemeinsame Anstrengungen aller vier Siegermächte eine Lösung für die längst herangereifte Frage der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, die jetzt real existieren, zu finden.

Die Sache geht uns nicht aus den Augen; warten wir noch, dann wird sie besser heranreifen.

Deshalb wird man in bezug auf den deutschen Friedensvertrag und dabei auch in der Frage Westberlins offensichtlich die bestehende Lage bis zum Treffen der Regierungschefs beibehalten müssen, das, wie man annehmen sollte, in sechs bis acht Monaten stattfinden wird. **Zu dem Schluß, daß die Konferenz zu diesem Termin zusammentreten können wird, kommen wir nicht nur deshalb, weil wir selbst diesen Vorschlag gemacht haben, sondern auch deshalb, weil sich die Chefs der drei Westmächte in ihrem Kommunique vom 18. Mai faktisch selbst diesem Vorschlag angeschlossen haben.**

Die Westmächte, unsere Partner beim Gipfeltreffen, müssen diese unsere Haltung richtig verstehen. Ihrerseits müssen sie auch diese Prinzipien einhalten, d. h. keinerlei einseitige Schritte zulassen, die ein Treffen der Regierungschefs in sechs bis acht Monaten verhindern würden. Nur so kann man wirklich günstige Bedingungen für ein künftiges Treffen der Regierungschefs und die Erörterung der herangereiften Fragen schaffen, die zur Festigung des Weltfriedens ihrer Lösung harren.

Ich glaube, daß uns alle Menschen richtig verstehen werden, die Anhänger der Verfolgung einer Politik der friedlichen Koexistenz der Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung sind. **Gleichzeitig muß ich jedoch nochmals unsere Partner warnen, daß weder die Sowjetunion noch die Deutsche Demokratische Republik die Absicht haben, endlos am Meer zu sitzen und auf gutes Wetter in der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland zu warten.** Man soll unsere Langmut nicht mißbrauchen. Die friedliebenden Staaten werden eine Verewigung des Besatzungsregimes in Westberlin nicht zulassen.

Vor meiner Abreise aus Paris hatte ich eine sehr interessante Unterhaltung mit einer Delegation westdeutscher Arbeiter, die aus Nürnberg gekommen war. Wir haben lange miteinander gesprochen. Die Nünrberger Arbeiter haben mir erzählt, wie sie leben, wie sie für den Frieden kämpfen. Sie haben sich zustimmend zur Friedenspolitik der Sowjetunion geäußert.

Ich verhehle nicht, daß es mir sehr angenehm war, daß diese Delegation westdeutscher Arbeiter die Haltung verstanden und gebilligt hat, die wir in Paris bei den Vorbesprechungen der Regierungschefs eingenommen haben. Die Arbeiter Westdeutschlands, wie die einfachen Menschen aller Länder, sind sich dessen bewußt, daß die provokatorische Politik der aggressiven Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika den Frieden gefährdet.

Die Nürnberger Arbeiter haben mich gefragt, wie es bei uns in der Sowjetunion vorangeht. Ich habe ihnen gesagt und möchte das hier wiederholen, daß die Dinge bei uns zum besten bestellt sind. **Die Sowjetunion verfügt jetzt über eine mächtige Wirtschaft und hat nie dagewesene Höhen in der Entwicklung der Wissenschaft, Technik und Kultur erreicht. Sie wissen, daß vor einigen Tagen ein sowjetisches Raumschiff mit über viereinhalb Tonnen Gewicht gestartet wurde, das jetzt im Weltraum wissenschaftliche Forschungen durchführt.**

Das Sowjetvolk erfüllt erfolgreich seinen großen Siebenjahrplan, der die wichtigste Etappe beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in unserem Lande darstellt.

Die Gegner des Sozialismus haben unseren Siebenjahrplan eine wirtschaftliche Herausforderung der Sowjetunion an die kapitalistische Welt genannt. Na und?

Wir haben gegen diese Bezeichnung keinen Protest erhoben, wir haben offen erklärt und erklären, daß die Sowjetmenschen voll entschlossen sind, den Sieg im friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb mit den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern davonzutragen. Und jetzt sehen alle, daß diese Herausforderung durch konkrete Taten untermauert wird. **Wir haben den Plan des ersten Jahres des Siebenjahresplanes übererfüllt, und der Plan des zweiten Jahres wird erfolgreich erfüllt.**

Wir haben **wunderbare** Zukunftsperspektiven. Sie wissen bestimmt, welche Beschlüsse vom Obersten Sowjet der Sowjetunion Anfang Mai dieses Jahres gefaßt wurden. Die Tagung des Obersten Sowjets nahm ein Gesetz über die **Aufhebung der Steuern** für die Arbeiter und Angestellten an. Daß in unserem Lande ein solches Gesetz angenommen wurde, zeigt, welch gewaltige soziale Errungenschaften die Arbeiterklasse, alle Werktätigen des Sowjetlandes, als Ergebnis des Sieges des Sozialismus aufzuweisen haben. **Die Sowjetunion wird der erste Staat der Welt sein, dessen Bevölkerung völlig frei von Steuern sein wird.**

Der Oberste Sowjet der UdSSR faßte weiter den äußerst wichtigen Beschluß über die weitere **Verkürzung des Arbeitstages.** Noch in diesem Jahr werden alle Arbeiter und Angestellten des Sowjetlandes zum Sieben- und Sechsstundentag übergehen. Dabei wird der Lohn nicht nur nicht geringer werden, sondern in einigen Fällen sogar steigen. 1964 werden wir beginnen, für alle Arbeiter und Angestellten den Sechsstundentag und in den Wirtschaftszweigen mit schwerer körperlicher Arbeit den Fünfstundentag einzuführen. **Die Sowjetunion wird den kürzesten Arbeitstag der Welt haben.**

In unserem Lande entwickeln sich alle Zweige der Industrie stürmisch voran, und die Landwirtschaft nimmt einen großen Aufschwung. Von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr, steigt die Arbeitsproduktivität, erhöhen sich die Akkumulationen in der Volkswirtschaft. Dies gibt der sowjetischen Regierung die Möglichkeit, zusätzliche Investitionen für die Entwicklung der Produktion von Textilien, Schuhen und anderen Konsumgütern bereitzustellen.

Unlängst faßte die Sowjetregierung den Beschluß, der auch vom Obersten Sowjet gebilligt wurde, über die im Siebenjahrplan festgelegten Aufgaben hinaus 25 bis 30 Milliarden Rubel für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. **Somit werden wir am Ende des Siebenjahrplanes mehr Kleidung und Schuhe pro Kopf der Bevölkerung produzieren, als jetzt in Frankreich, England, der Bundesrepublik und in den anderen Ländern Westeuropas hergestellt werden, und im Jahr 1970 werden wir hierbei auch die Vereinigten Staaten von Amerika eingeholt haben.**

Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung haben die Aufgabe gestellt, in den nächsten Jahren auf der Grundlage des Wachstums der Industrie und der Landwirtschaft einen neuen Aufschwung des Wohlstandes des Volkes sicherzustellen. Die Zeit ist nicht hinter dem Berge, in der die Sowjetmenschen den höchsten Lebensstandard der Welt haben werden. Wir sind stolz auf unsere großen Errungenschaften, wir sind stolz auf die historischen Siege, die unser Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei und in Verfolg des Leninschen Weges errungen hat.

Die Sowjetmenschen sind stolz auf die großen Erfolge der Völker der sozialistischen Bruderländer. Wir freuen uns über die gewaltigen Erfolge, die die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und Sie, liebe Berliner, beim Aufbau des Sozialismus erzielt haben!

Wir freuen uns über die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik bei der Entwicklung der Volkswirtschaft und Kultur. **Es ist für uns besonders angenehm, ihre großen Erfolge beim Zusammenschluß der Bauern in landwirtschaft-**

lichen Produktionsgenossenschaften zu sehen. Das ist eine sehr schwierige Frage, da in den zersplitterten Bauernwirtschaften eine Psychologie des Privateigentums wurzelt. Nachdem die Arbeiterklasse die Macht erobert hat, besteht eine der Hauptfragen der Revolution darin, daß die Bauern hinter ihr stehen, Bedingungen zu schaffen, um das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unter der Führung der Arbeiterklasse zu erhalten und zu festigen und der Bauernschaft allmählich die Vorzüge der genossenschaftlichen Landwirtschaft zu beweisen und ihren Übergang auf sozialistische Bahnen zu gewährleisten. Diese Frage ist von großer politischer Bedeutung, **und wir beglückwünschen Sie aufrichtig zu den Erfolgen, die Sie in dieser bedeutsamen Sache erzielt haben.**

Jedem ist klar, daß die Länder, die eine konsequente Friedenspolitik betreiben und alle ihre Anstrengungen auf die Entwicklung der Wirtschaft und Kultur konzentrieren, eine Hebung des Wohlstandes ihrer Völker erstreben, keine aggressiven Ziele verfolgen können.

Wir brauchen den Frieden und wir werden, ohne Mühe zu scheuen, eine Minderung der internationalen Spannungen anstreben. Zu diesem Zweck werden wir die Verhandlungen mit den Westmächten hartnäckig und beharrlich führen. Wir werden aber nicht gestatten, daß die Imperialisten mit uns von der Position der Stärke aus sprechen. Wir müssen die Intrigen der Aggressoren entlarven, die Wachsamkeit der Völker steigern, die Reihen der Kämpfer für die große und edle Sache des Friedens noch enger zusammenschließen.

Unsere große und unüberwindliche Kraft liegt darin, daß die Völker der sozialistischen Länder eng zusammengeschlossen und einig sind, daß sie ihrem großen Ziel unter dem ruhmreichen Banner des Marxismus-Leninismus entgegenschreiten.

Von Tag zu Tag erstarkt das mächtige sozialistische Lager. Aber Reichtum kommt in unser Haus nicht so wie gebratene Tauben in den Mund; er wird durch die beharrliche Arbeit von Millionen Arbeitern, Bauern und Vertretern der Intelligenz geschaffen. Das, was der Mensch mit seinen Händen, seinem Geist und seinem Herzen schafft, ist ihm dreimal so teuer; das ist eben der Reichtum des ganzen Volkes!

Laßt uns auch künftig den Arbeitselan steigern. Unsere ökonomischen Erfolge werden den Beitrag der Länder des Sozialismus zur Festigung des Friedens noch gewichtiger machen.

Die Kräfte des Friedens werden die Kräfte des Krieges besiegen!

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk! Es lebe der Sieg des Kommunismus!

Freundschaft!

... UND DAS IST DIE WIRKLICHE MEINUNG DES WESTLICHEN AUSLANDES

Daily Herald

Die aggressiven Absichten der amerikanischen Militärs, die durch ihre verstärkten Provokationen gegen die Sowjetunion das Zustandekommen der Gipfelkonferenz vereitelten, wurden am Sonnabend im Londoner „Daily Herald" von dem Journalisten John Sampson enthüllt. Er schreibt:

Seit dem Zusammenbruch der Gipfelkonferenz ist Amerika von einem wahnsinnigen Kriegsgeschrei erfaßt worden. Das, was hier geschieht, geht über Vernunft und gesunden Menschenverstand. Der ganze Fortschritt, den die friedliebende Welt im vergangenen Jahr erreicht hat, wird über Bord geworfen.

Ich wurde an dem Abend, als die Besprechungen zusammenbrachen, aufgefordert, im Fernsehen zu sprechen. Einer der anderen Sprecher war Major Alexander Seversky, der Flugzeugkonstrukteur und Berater des amerikanischen Stabschefs. Seversky — ein Verfechter der Totalbombardierungen während des letzten Krieges — erklärte, er freue sich über den Zusammenbruch der Gipfelkonferenz. Dadurch sei die Luft gereinigt worden. Das Land könne jetzt die Aufklärungsflüge über Rußland fortsetzen, um militärische Ziele für die Atomraketen des strategischen Luftkommandos der USA und — oh ja — der RAF ausfindig zu machen. Seversky sagte, es sei ein Fehler, die Atomversuche aufzugeben.

Der Zusammenbruch der Gipfelkonferenz hat den Börsen einen Auftrieb gegeben, die seit Monaten von nervöser Furcht besessen waren, daß ein drastisches Abrüstungsprogramm sehr nachteilige Folgen für die amerikanische Wirtschaft haben würde. Jetzt ist Wall Street „gehobener Stimmung". Die Rüstungs-, Elektronen-, Flugzeug- und Raketenaktien erreichen neue Höchstwerte.

Die Armee-, Luftwaffen- und Marinechefs konkurieren untereinander, um vom Kongreß mehr Geld für Raketen, Bomber und Schiffe zu erhalten. Der Stabschef der Luftwaffe hat mehr interkontinentale Atlasraketen angefordert.

„Die Geschehnisse verlangen eine umfassende Untersuchung darüber", heißt es im „Daily Herald" abschließend, „daß die hohen Militärs der USA die Gipfelkonferenz vorsätzlich zum Scheitern gebracht haben, indem sie am Vorabend der Konferenz ein Spionageflugzeug nach Rußland schickten."

Protest Pakistans

London. Pakistan hat die Vereinigten Staaten aufgefordert, künftig alles zu unterlassen, was das Land in amerikanische Spionageaffären hineinziehen könnte. Der pakistanische Außenminister Mohamed Ikramullah erklärte in London: „Die USA-Behörden müssen begreifen, wie heikel unsere Situation ist. Sie müssen dafür sorgen, daß alle in Frage kommenden Behörden künftig von derartigen Aktionen Abstand nehmen."

Krishna Menon

Neu Delhi. Es bestehe aller Grund zu der Annahme, daß jene 42 Flugzeuge, die den indischen Luftraum in diesem Jahr verletzt haben und nicht identifiziert werden konnten, ähnliche Aufträge wie die Maschine des Spions Powers gehabt hätten, erklärte der indische Verteidigungsminister Krishna Menon auf einer Pressekonferenz in Bombay zur amerikanischen Luftspionage über der Sowjetunion.

Adlai Stevenson,
führender Politiker der Demokratischen Partei der USA:

Die USA-Regierung unter Präsident Eisenhower trägt die Schuld am Scheitern des beabsichtigten Gipfeltreffens in Paris. Die Eisenhower-Regierung hat eine Politik der „Sorglosigkeit und Fehler" betrieben, die durch eine ganze „Serie von Ungeschicklichkeiten" gekennzeichnet ist. Dadurch sind nicht nur die Verhandlungen mit der Sowjetunion torpediert worden, sondern die Eisenhower-Politik hat auch zu ernsthaften Verstimmungen in den Beziehungen der USA zu ihren Verbündeten geführt.

VAR

In den Augen der Völker des Nahen Ostens trägt die USA-Regierung trotz des propagandistischen Trommelfeuers, das Washington in den letzten Tagen in allen arabischen Ländern eröffnete, unzweifelhaft die alleinige Verantwortung für das Scheitern der Gipfelkonferenz. Man behält hier einen klaren Blick für die Realitäten. Erst vor wenigen Tagen hatte sich VAR-Präsident Nasser in einer Rede in Mansura in bisher nicht bekannter Schärfe gegen die aggressive USA-Politik gewandt und sich, wie das „Journal d'Égypte" schreibt, zusammen mit Nehru „geweigert, an dem Doppelspiel, den Intrigen und perfiden Manövern teilzunehmen". Und der Chef des VAR-Pressewesens, Salem, erklärte, die USA trügen die Alleinschuld am Nichtzustandekommen der Gipfelkonferenz.

„Was denkt sich Amerika", schreibt Salem in der Zeitung „Al Gumhuriya", „wenn es sich das Recht zuschreibt, den sowjetischen Luftraum zu inspizieren? Amerika hat mit dieser Politik einen schweren Irrtum begangen und ist allein verantwortlich für die Folgen dieser Aggression. Seit Kriegsende hat die USA-Politik nichts anderes getan, als die gesamte Welt irrezuführen."

Die gleiche Zeitung veröffentlicht eine Karikatur, auf der Chruschtschow dem USA-Spion Eisenhower, der durch ein Schlüsselloch in sein Zimmer blickt, mit einer Raketenspitze ins Auge stößt.

Auch in anderen arabischen Ländern werden lebhafte Proteste gegen die amerikanische Provokation und lebhafte Zustimmung zu der festen sowjetischen Haltung laut. So unterstützte der libanesische Ministerpräsident Daouk den Standpunkt der sowjetischen Delegation in Paris. Es wäre gut, sagte er, wenn nach der Affäre mit dem amerikanischen Spionageflugzeug einige Monate vergehen würden und die Gipfelkonferenz dann in einer ruhigeren Atmosphäre stattfinden könnte. Und der Vorsitzende des libanesischen Friedenskomitees, Tabet, fügte hinzu, man müsse der Sowjetunion für ihr entschiedenes Auftreten, mit dem sie allen Völkern gedient habe, dankbar sein.

Montgomery,
britischer Feldmarschall:

Durch den Spionageflug ist eindeutig internationales Gesetz gebrochen worden. Man kann nicht umhin, festzustellen, daß es für derartige Flüge keinerlei Rechtfertigung gibt.

Sherman Cooper

Auch der republikanische Senator J. Sherman Cooper übte im Verlauf einer Rede in Louisville scharfe Kritik am Eindringen des Flugzeugs des Spions Powers in den sowjetischen Luftraum. **Eine Fortsetzung solcher Flüge sei „äußerst provokatorisch und gefährlich", sagte er.**

Sir Claude Corea,

der Präsident des Sicherheitsrates der Organisation der Vereinten Nationen, erklärte am 12. Mai: „Eine Politik, die die territoriale Souveränität eines anderen Landes mißachtet, verstößt gegen die Charta der Vereinten Nationen." Er wolle darauf aufmerksam machen, „daß jede Erklärung, die die territoriale Unverletzbarkeit eines

Landes ignoriere, für die Vereinten Nationen eine Verletzung der Souveränitätsrechte dieses Landes sei. Die Grundlage der Verfassung der UNO ist der Respekt vor der territorialen Souveränität und der Integrität aller Mitglieder."

USA-Kriegsminister

Washington. USA-Kriegsminister Gates hat am Sonntag nach seiner Rückkehr aus Paris offen zugegeben, daß von Washington schon vor dem Zusammentreffen der vier Regierungschefs in Paris ein verschärfter außenpolitischer Kurs festgelegt worden war. Laut UPI sagte er, der „Verteidigungshaushalt" sei schon auf dieser Voraussetzung aufgebaut worden. Gates sei bereit, Eisenhower alles zu empfehlen, was für eine forcierte Rüstung notwendig sei, „ohne Rücksicht auf die Kosten".

Senator Morse

Senator Wayne Morse von der Demokratischen Partei erklärte in einer Rede in Cumberland. **Die Vereinigten Staaten hätten wie ein Aggressor gehandelt.** Es gäbe keinerlei Rechtfertigung für eine Sammlung militärischer Informationen auf diese Art. Von Präsident Eisenhower forderte der Senator ein kategorisches Verbot solcher Spionageflüge.

Le Monde

Das Pariser Blatt meinte am 16. Mai: „Man muß zugeben, daß die Fortsetzung solcher Spionageaufträge schwer mit einem Klima wirklicher Entspannung vereinbar ist."

USA-Senatoren

Auch der demokratische Präsidentschaftskandidat Kennedy und der Gouverneur des Staates New Jersey, Meyner, verurteilten in Erklärungen die von Eisenhower und Herter betriebene Politik der Provokationen. Senator Fulbright forderte vom außenpolitischen Ausschuß des USA-Senats eine genaue Untersuchung des Spionagefluges und der Ereignisse, die das Zustandekommen der Gipfelkonferenz verhinderten.

Aftonbladet

Die Stockholmer Zeitung schreibt am 17. Mai: „Kein Land in der Welt würde sich mit Gleichmut und Duldsamkeit in die öffentlichen Erklärungen der amerikanischen Staatsführung hineinfinden können, daß grobe und absichtliche Verletzungen des Luftraumes über anderen Ländern notwendig und berechtigt ... sind ... Die russische Reaktion auf diesen amerikanischen Versuch, das Völkerrecht auf den Kopf zu stellen, mußte heftig sein."

Wolfgang Bartels

Der Vorsitzende des „Kampfbundes gegen Atomschäden" in München, Wolfgang Bartels, schreibt in einer Stellungnahme an die „Süddeutsche Zeitung": „Der von Washington zugegebene mißglückte Spionageflug über der Sowjetunion läßt uns abermals erschauern: Wie leicht kann doch zu jeder Stunde ein Atomkrieg ausgelöst werden. Bedenkt man diese fürchterliche Konsequenz, so sollte man nicht mit dem Argument kommen, die ‚Amerikaner hätten sich unter keinen Umständen erwischen lassen dürfen'. Das bedeutet doch, Unehrlichkeit und Hinterhältigkeit zu Maximen der Politik zu machen."

Clair Engle,

demokratischer Senator, erklärte: „Die Haltung der Regierung zu dem provokatorischen Zwischenfall darf nicht unterstützt werden."

Liberation

Am 18. Mai erscheint das Pariser Blatt unter der Schlagzeile: „Der letzte

Vorschlag K.s hat den Gipfel nicht gerettet." Die Zeitung schreibt:

„Trotz eines letzten Vorschlags von Chruschtschow zur Wiederaufnahme der Diskussion hat die Gipfelkonferenz nicht stattgefunden ... In der bunten Menge der internationalen Journalisten, die gestern das Pressezentrum im Palais Chaillot füllten, gab es sicherlich einige, die die UdSSR und die Art und Weise, mit der ‚K' Ike an die Wand drückte, kritisierten; niemand aber fand sich zur Verteidigung der USA. Niemand bestritt die Verantwortung der USA für die Entsendung des Spionageflugzeuges, und vor allem fand sich niemand, der ihre Verantwortung für die unglücklichen Erklärungen bestritt, die darauf folgten und die unmittelbare Ursache der heutigen Schwierigkeiten sind ... Es ist klar, daß ‚K' wirkliche Verhandlungen will, die zumindest den Anfang zu einer konkreten Änderung machen und die nicht eine spanische Wand von Worten sind, hinter der alles weitergeht wie vorher, d. h., hinter der die gefährlichen Pläne verwirklicht werden sollen ... Die gegenwärtige Krise hat zumindest ein Gutes: Sie hat diejenigen aufgescheucht, die glaubten, daß alles zu Ende ist. So erkennen die Verbündeten der USA, daß die Stützpunkte, die sie den Amerikanern gewährten, auf ihrem eigenen Territorium täglich zu Aktionen dienen können, die sie nicht ahnten und die sie in die schlimmsten Komplikationen stürzen können. Sie sind beunruhigt, von Norwegen bis Japan, von Pakistan bis zur Türkei. Das ganze System der Stützpunkte ist tatsächlich in Frage gestellt."

Am 14./15. Mai schrieb die gleiche Zeitung: „Zwei Wochen vor der Gipfelkonferenz ein Flugzeug mit ‚Spionageauftrag' über sowjetisches Gebiet zu schicken, ist wahrhaftig zu dumm... Die verwirrten und einander widersprechenden Erklärungen der amerikanischen Regierung, mit denen sie versuchte, den Fehler ihrer Generale zu rechtfertigen, sind nicht weniger absurd als die Tatsache als solche."

... Trotz der Bravourarien, mit denen sie sich Mut machen wollen, wissen die Westmächte, daß die Zeit nicht mehr für sie arbeitet und daß die Stunde der gegenseitigen Konzessionen gekommen ist, wenn sie es vermeiden wollen, in Zukunft zwischen Selbstmord und Untergang zu wählen."

Abgeordnete des Repräsentantenhauses

Eine Gruppe von demokratischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses hat Beratungen über eine Erklärung begonnen, in der Eisenhower und seine Regierung aufgefordert werden, Rechenschaft über ihre Politik am Vorabend der Gipfelkonferenz abzulegen.

In dem Entwurf der Erklärung heißt es laut UPI: „Wir sind über das Scheitern der Gipfelkonferenz und über den Schaden, der unserem Prestige und unserer führenden Rolle in der Welt zugefügt wurde, tief besorgt."

Neue Presse, Coburg

Die Coburger „Neue Presse" schreibt zu der amerikanischen Erklärung, man werde diese rechtlich ganz eindeutigen Völkerrechtsverletzungen fortsetzen: „Wenn wir nüchtern bleiben, dann müssen wir zugeben, daß eine solche Erklärung in den Beziehungen zwischen souveränen Staaten unerhört und ohne Beispiel ist. Sie gehört zu den Dingen, die ein Volk, das etwas auf sich hält, sich nie gefallen lassen kann."

Walter Lippmann,

einer der bekanntesten USA-Journalisten, in der „New York Herald Tribune" vom 13. Mai: „Offen zu erklären, daß wir beabsichtigen, die sowjetische Souveränität zu verletzen, bedeutet, jeden in Schwierigkeiten zu bringen. Dies macht es der Sowjetregierung unmöglich, diesen besonderen Zwischenfall als unbedeutend abzutun, weil sie jetzt vor der ganzen Welt offen her-

ausgefordert ist. Sie ist gezwungen zu reagieren, weil keine Nation passiv bleiben kann, wenn es die erklärte Politik einer anderen Nation ist, in ihr Territorium einzudringen. Die Erklärung einer solchen Politik ist eine offene Einladung an die Sowjetregierung, den Fall vor die Vereinten Nationen zu bringen, wo unsere besten Freunde in große Verlegenheit geraten würden ... Der Leser wird, wie ich hoffe, festgestellt haben, daß ich daran Kritik übe, daß wir diese Überfliegungen zu einer erklärten Politik gemacht haben. Was an dem offenen Eingeständnis beispiellos ist, ist nicht die Spionage als solche, sondern die Forderung, daß Spionage, wenn wir sie betreiben, von der Welt als rechtmäßig anerkannt werden sollte ... Wenn die Spionage sich auf das Überfliegen von Grenzen durch Militärflugzeuge bezieht, steht sie auch im Widerspruch zum internationalen Recht."

Deutsche Zeitung

Das Blatt schreibt am 18. Mai in einem Bericht seines New-Yorker Büros: „Die Erklärungen, die Präsident Eisenhower in Paris abgegeben hat, sollten dem Zweck dienen, das Geschehene ungeschehen zu machen. Es war vorauszusehen, daß Chruschtschow damit nicht zufrieden sein kann. Es entspricht den Gepflogenheiten in seinem eigenen Lande, daß man in solchen Fällen den schweren Fehler eingesteht, ihn verdammt und einen Schuldigen bestraft."

In einem Bericht des Londoner Büros der gleichen Zeitung heißt es: „... unverkennbar wurde es von der britischen Öffentlichkeit als beklagenswerter, schwerverständlicher Mißgriff beurteilt, daß bereits am vergangenen Donnerstag im Weißen Haus beschlossen wurde, von weiteren Einflügen in die Sowjetunion für die Dauer der Amtszeit Eisenhowers Abstand zu nehmen, daß der Präsident dies aber bis Montag für sich behielt, als es zu spät war ... Wegen dieses Fehlers machen ‚Times', ‚Guardian' und ‚Daily Mail' den Amerikanern Vorwürfe. Heftiger noch wurde Eisenhower vom Labourorgan ‚Daily Herald' kritisiert."

Unter der Schlagzeile „Enttäuschung über Eisenhowers Haltung" heißt es in einem Bericht des Pariser Büros der „Deutschen Zeitung": „Präsident Eisenhower wurde nicht nur von Moskau unter Druck gesetzt, sondern auch von einigen seiner Alliierten, die die amerikanische Spionagethese teilweise nicht billigen zu können glaubten. Es wäre aber möglich gewesen, ohne eine offene Kapitulation ... diese heikle Frage zu bereinigen ... hierzu fehlten aber offensichtlich der amerikanischen Diplomatie die Geschmeidigkeit und die Vorstellungskraft."

Adlai Stevenson,

einer der führenden Politiker der Demokratischen Partei in den USA, erklärte: „Die Verantwortung für die gegenwärtige Situation in Paris tragen die USA ..." Für den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow habe es „keine andere Möglichkeit als die des Protestes geben können", weil die amerikanische Regierung erklärt hat, daß die Spionageflüge über der Sowjetunion fortgesetzt werden sollen. „Diesen Bedrohungen des sowjetischen Luftraumes hat Chruschtschow Rechnung tragen müssen ... Die falsche Behandlung des Flugzeugzwischenfalles durch die zuständigen amerikanischen Stellen ist schuld an der Krise auf der Gipfelkonferenz."

Prof. Dr. Dr. Saller

Die USA haben durch ihre Spionageflüge über sowjetischem Gebiet und die Alarmübung ihrer Streitkräfte unmittelbar vor dem geplanten Beginn der Gipfelkonferenz eine Verschärfung der internationalen Lage herbeigeführt. Diese Anklage gegen die Vereinigten Staaten erhob der Leiter des Antropologischen Instituts der Münchner Universität und Präsident des Deutschen Kulturtages, Prof. Dr. Dr. Saller, am Donnerstag in einem Gespräch

mit dem Münchner BPB-Korrespondenten. „Die normale Erledigung des Spionagefalls wäre eine offizielle Entschuldigung durch die Amerikaner gewesen", meinte der Wissenschaftler. „Statt dessen erklärten sie, daß sie die Flüge fortsetzen wollen. Das kann sich kein souveräner Staat gefallen lassen!"

Cyrus Eaton

verurteilte in einem Interview mit der amerikanischen Zeitung „Chikago Daily News" die amerikanische Flugzeugprovokation: „Ich glaube bestimmt, es geht nicht an, daß unsere Flugzeuge über sowjetischem Territorium fliegen." Er sprach die Hoffnung aus, daß dieser Zwischenfall die Amerikaner veranlassen werde, sich gegenüber der Gipfelkonferenz und den Beziehungen zur Sowjetunion ernsthafter zu verhalten. In den USA sei allgemein der Wunsch verbreitet, daß dem Hochmut ein Ende gemacht und der kalte Krieg gegen die Sowjetunion eingestellt werde.

Neue Politik, Hamburg

„Hier hat die Anmaßung auf internationalem Parkett ihren bisherigen Höhepunkt gefunden", schreibt die Hamburger Wochenschrift „Neue Politik„ zu dem amerikanischen Spionageflug, mit dem die USA die Pariser Gipfelkonferenz torpedierten. „Die Vereinigten Staaten bekennen sich zu einem klaren Völkerrechtsbruch — wie auch der derzeitige Vorsitzende des Weltsicherheitsrates der UNO, Sir Claude Corea, eindeutig feststellte —, erklären großspurig, sie würden ihn wieder und wieder begehen. Wer hätte, wären wir an der Stelle der Russen, eine solche Drohung anders beantwortet, als sie es taten? Man kann eigentlich nur die Mäßigung Chruschtschows bestaunen."

Die Tat

„Kein Mensch würde sich mit einem Mann zusammensetzen, der erklärt, er werde bei nächstbester Gelegenheit wieder heimlich in seine Wohnung eindringen", schreibt die Frankfurter Wochenzeitung „Die Tat".

Edwin Johnson,

Mitglied des Repräsentantenhauses und demokratischer Abgeordneter aus Colorado, erklärte: „Ich bin darüber betrübt, daß sich noch offizielle Persönlichkeiten finden, die eine Stunde vor der internationalen Konferenz der Regierungschefs den Versuch unternehmen, die provokatorischen Handlungen, die das Leben von Hunderten Millionen Menschen bedrohen, zu rechtfertigen."

Sunday Express

Die Zeitung erklärt am 16. Mai: „Die Vereinigten Staaten stehen vor den ungebundenen Nationen unter Anklage, und sie stehen in den Augen ihrer eigenen Verbündeten unter Anklage. Die Amerikaner sehen sich der unerbittlichen Frage gegenüber: Ist es auch ihnen aufrichtig um eine Regelung mit Rußland zu tun? ... Das Spionageflugzeug war ein Fehler ... Die Amerikaner können sich nicht länger auf ihre guten Absichten verlassen. Sie müssen sie beweisen."

London

Die Delegierten der Jahreskonferenz der Vereinigung wissenschaftlicher Arbeiter verlangten im Namen von 12 000 britischen Wissenschaftlern die Einberufung eines neuen Gipfeltreffens. Einmütig applaudierten die Delegierten einem Redner, der die Behauptung, die Sowjetunion sei für das Scheitern des Gipfels verantwortlich, scharf zurückwies.

Gewerkschafter

„Es ist bedauerlich, daß die Gipfelkonferenz an der unverständlichen Haltung Eisenhowers, aus der Flugzeugprovokation über der Sowjet-

union nicht die nötigen Schlußfolgerungen zu ziehen, gescheitert ist", erklärte der Duisburger Bauarbeiter und Kassierer bei der Gewerkschaft Bau/Steine/Erden Hans Schulz. „Chruschtschow konnte in Paris gar nicht anders handeln."

John Kennedy

Der amerikanische Präsidentschaftskandidat Senator John Kennedy hat die Haltung, die Eisenhower in Paris eingenommen hat, entschieden kritisiert.

In Portland (US-Staat Oregon) erklärte Kennedy:

„Ich glaube, wenn ich an der Stelle Eisenhowers gewesen wäre, so hätte ich mein Bedauern ausgedrückt, falls Chruschtschow mich gebeten hätte, ich sollte mich entschuldigen, wie er es bei Eisenhower getan hat." Der Spionageflug der U-2 stelle ein „Risiko dar, das ich für bedauerlich halte, weil mein Land es gerade eine Woche vor der Gipfelkonferenz heraufbeschworen hat".

Dr. Siegmund Schmidt

Die Verurteilung der Vereinigten Staaten durch den Weltsicherheitsrat fordert der durch seinen Kampf gegen die Atomrüstung bekannt gewordene Arzt Dr. Siegmund Schmidt aus Vörden bei Osnabrück in einem Schreiben an den Weltsicherheitsrat und den UNO-Generalsekretär Hammarskjöld. Dr. Schmidt bittet den UNO-Generalsekretär, sein Ansehen dafür einzusetzen, daß sich der USA-Präsident Eisenhower für die Spionageflüge entschuldigt. Eine solche Entschuldigung Eisenhowers verlange nicht nur das Völkerrecht, sondern auch jedes Anstandsgefühl, wie man es im Privatleben von seinem Nachbarn erwartet.

DPA

Die westdeutsche Presseagentur DPA vermerkt in ihrem Bericht vom Einzug Eisenhowers in Washington: „Es gab jedoch viele Stimmen, die diese Atmosphäre kritisierten. Das Aufgebot an Fahnen und Musik wurde als Versuch betrachtet, eine Erfolgsstimmung zu schaffen. Die zahlreichen kritischen Kommentare ließen jedoch erkennen, daß dies nicht der Lage entsprach."

Reuter

Noch deutlicher wird der Korrespondent der britischen Nachrichtenagentur Reuter, in dessen Bericht es heißt: „Sturmsignale, die ein für Präsident Eisenhower zu erwartendes Unwetter ankündigten, waren unter den Fahnen und Girlanden auf seinem Wege zum Weißen Haus deutlich sichtbar." Das Schwergewicht der politischen Betrachtungen in den USA verlagere sich „heute fast vollständig auf eine Untersuchung der Rolle des Präsidenten".

Montgomery

Dadurch, daß Eisenhower die Spionageflüge „normal" genannt hatte, sei klar gewesen, daß von der Pariser Konferenz nichts mehr zu erwarten war. Dies erklärte der britische Feldmarschall Montgomery.

The Times

Die großbürgerliche Londoner Zeitung vermerkt am 17. Mai: „Es besteht kein Zweifel daran, daß die russische Beschwerde über die Luftaggression in vielen neutralistischen und ungebundenen Ländern und besonders in den kleineren Ländern, die sich durch unerlaubte Verletzungen ihres Luftraumes bedroht fühlen, Teilnahme erweckt hat. Wenn das Problem in dieser Form vor die Vollversammlung kommen würde, dann wäre eine sehr ernste Spaltung das Ergebnis. Die meisten der 29 Länder der afro-asiatischen Gruppe — zusammen mit allen 10 kommunistischen Ländern — werden wahrscheinlich einen Antrag befürworten, in dem das Prinzip festgelegt ist, daß vorsätz-

liche Luftspionage tadelnswert und provokatorisch ist."

Protestkundgebung

Rom. Hier stand eine Großkundgebung unter den Losungen: „Kriegsbrandstifter an den Schandpfahl!", „Fort mit den amerikanischen Stützpunkten aus Italien!". Die Kundgebungsteilnehmer begrüßten nachdrücklich die Haltung der Sowjetregierung und das konsequente Auftreten Nikita Chruschtschows in Paris.

Afro-asiatisches Echo

„Das Scheitern der Gipfelkonferenz ist nur auf die Aggressivität der amerikanischen Militaristen zurückzuführen", stellt das ständige Sekretariat der afrikanisch-asiatischen Solidaritätsbewegung fest.

Bologna

Über 20 000 Bürger der italienischen Stadt Bologna protestierten am Sonnabend auf einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die amerikanische Sabotage der Gipfelkonferenz.

Beirat der Demokratischen Partei der USA

Der Beirat der Demokratischen Partei der USA hat nach zweitägigen Beratungen eine Erklärung abgegeben, in der die Außenpolitik Eisenhowers scharf verurteilt wird. In der Erklärung wird festgestellt, die „schwankende, chaotische und unvernünftige" Außenpolitik der Regierung und besonders ihre Haltung nach dem Bekanntwerden der Luftspionage hätten dazu geführt, daß die Gipfelkonferenz nicht stattfand.

Mit seiner Erklärung hat sich das höchste beratende Gremium der Demokratischen Partei hinter die Kritik mehrerer prominenter demokratischer Politiker — darunter der möglichen Präsidentschaftskandidaten Kennedy, Stevenson und Symington — gestellt. Auch der frühere USA-Präsident Truman hat sich der Erklärung angeschlossen.

Eine sofortige Untersuchung der Außenpolitik der Regierung durch den außenpolitischen Unterausschuß des Repräsentantenhauses hat dessen Vorsitzende Edna Kelley gefordert. Mit der gleichen Forderung war bereits für den außenpolitischen Senatsausschuß der Vorsitzende dieses Ausschusses, Senator Fulbright, aufgetreten. Schließlich kündigte der Vorsitzende des Senatsunterausschusses für Fragen des Regierungsapparats, Senator Jackson, für diese Woche eine Untersuchung der Tätigkeit des nationalen Sicherheitsrats der USA an.

Die Ursache für das Auftreten zahlreicher führender Politiker gegen den Regierungskurs liegt zweifellos in der Stimmung breiter Massen der USA.

Mike Mansfield,

Senator, erklärte am 17. Mai im amerikanischen Senat, der Kongreß müsse die Verantwortlichen für den Luftzwischenfall ausmachen, „die den tiefen Friedenswillen des amerikanischen Volkes und die Friedenspolitik der Vereinigten Staaten sabotiert haben". Man werde herausfinden, warum der Außenminister des amerikanischen Volkes gesagt habe, daß die Fortführung solcher Aufklärungsflüge zur amerikanischen Politik gehöre und warum der amerikanische Vizepräsident das am Fernsehen bestätigt habe ... Man werde herausfinden, warum das alles geschehen konnte.

Bernard Law Montgomery,

britischer Feldmarschall, erklärte am 12. Mai, es sei „irrsinnig und falsch", Aufklärungsflugzeuge über russisches Gebiet zu schicken. Montgomery fragte, was geschehen würde, „wenn die Russen ein Flugzeug über die Arktis nach den Vereinigten Staaten schicken würden, um dort einige ihrer Anlagen zu fotografieren."

New York Times

Das Blatt erklärt am 16. Mai: „Der Fall des Spionageflugzeuges dürfte in Verbindung mit allem anderen die Regierung in der bevorstehenden Präsidentschaftskampagne die ‚Friedensfrage' gekostet haben. Und dies war die beste Wahlparole, die sie vor einer Woche gehabt hat. ... Der U-2-Zwischenfall hat diese politischen Gelegenheiten zwar nicht zunichte gemacht, aber stark verringert ... Statt des ‚Geistes von Camp David' haben wir jetzt den ‚Geist von Swerdlowsk'. Es besteht noch eine Chance, die Dinge in Paris zu retten, aber nicht, wenn der Präsident auf seinem gegenwärtigen Standpunkt beharrt ...

Indem er das Recht geltend gemacht hat, in die Sowjetunion einzudringen, hat der Präsident Chruschtschow herausgefordert, ihm Einhalt zu gebieten, die Alliierten in Schwierigkeit gebracht, indem er ihre Stützpunkte zum Ziel für Chruschtschows Zorn gemacht hat und selbst eines der eigenen Prinzipien Washingtons verworfen — nämlich, daß jede Nation das Recht hat, ihre eigene Regierungsform zu bestimmen ... Der Präsident kann nicht beides haben: Er kann Chruschtschow nicht herausfordern und gleichzeitig seine Zusammenarbeit haben."

Der Washingtoner Korrespondent der „New York Times" urteilt: „Die ganze Sache ist für niemanden ein Sieg. Sie ist eine schwere Niederlage für Außenminister Herter und seine Mitarbeiter. Sie ist eine schwere Niederlage für den Präsidenten und sein ganzes System. Es wäre sinnlos, diesen ermüdend langweiligen Katalog düsterer Tatsachen durchzublättern, wenn irgendwelche Anzeichen vorlägen, daß der Präsident jetzt bereit ist, Ordnung in seinem Hause zu schaffen, aber diese Anzeichen gibt es nicht."

38 Abgeordnete verlangen Untersuchung

In politischen Kreisen wird, wie westliche Nachrichtenagenturen berichten, „immer dringender eine Erklärung für die Ereignisse verlangt". Die Unruhe habe bereits den „nationalen Burgfrieden zwischen den Parteien durchlöchert."

38 Abgeordnete des USA-Kongresses haben Eisenhower acht Fragen vorgelegt und eine schnelle Beantwortung verlangt. Sie wollen wissen:

1. Warum Eisenhower ankündigte, er werde sich von Nixon ablösen lassen, wenn die Gipfelkonferenz länger dauere;

2. Warum die U-2 gerade in den Wochen vor der Gipfelkonferenz über die Sowjetunion fliegen mußte;

3. Warum einander widersprechende Erklärungen ausgegeben wurden, nachdem die U-2 abgeschlossen war;

4. Warum Verteidigungsminister Gates von Paris aus am Sonntag den Alarm für die amerikanische Luftabwehr anordnete;

5. Warum angedeutet wurde, daß weitere Flüge stattfinden würden;

6. Warum das zivile nationale Amt für Weltraumforschung (NASA) mit Spionageaufträgen betraut und kompromittiert wurde;

7. Warum es keine Koordination zwischen dem Außenministerium und der Leitung des Geheimdienstes gab und

8. ob sich an der Überordnung der zivilen Autorität über die militärische etwas geändert habe.

Stevenson

Der frühere demokratische USA-Präsidentschaftskandidat Adley Stevenson erklärte in einer Rede: „Wir können nicht den ganzen üblen Dreck im Namen der nationalen Eintracht unter den Teppich kehren, wir können es nicht und wir werden es nicht." „Die Regierung Eisenhower habe es unmöglich gemacht, daß, solange sie an der Macht sei, mit Moskau weitere lebensnotwendige Verhandlungen geführt würden. „Wir alle, Amerikaner wie Russen, haben einen gemeinsamen

Feind; der Feind ist die Kriegsgefahr. Wir müssen den Feind gemeinsam besiegen."

Leonhard Wolf

Das Mitglied der Kommission des Repräsentantenhauses für kosmische Probleme, Leonhard Wolf, forderte eine Untersuchung darüber, ob nicht die amerikanische Weltraumbehörde (NASA) als Tarnorganisation für Spionagetätigkeit benutzt werde. Der Kongreß habe die NASA zur friedlichen Erforschung des Kosmos geschaffen. Wenn die Regierung sie zu Spionagezwecken benutzte, dann trete sie das Gesetz mit Füßen, sagte Wolf.

Averell Harriman,

der frühere USA-Botschafter in Moskau, verurteilte die amerikanische Luftprovokation vor Pressevertretern mit den scharfen Worten: „Dieser Vorfall, zusammen mit der Ankündigung des Präsidenten über die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche, wird in der ganzen Welt starke Empörung auslösen; er zeigt, daß sich die Regierung verspekuliert hat."

C. A. Vanik,

Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses, bezeichnete die Verantwortlichen für den Flug von Powers als Leute, „die die weltweiten Hoffnungen auf Frieden untergraben. Sie sollten offiziell zur Rechenschaft gezogen werden."

Premierminister Nehru

bemerkte in Kairo, der Abbruch der Pariser Konferenz sei eine „betrübliche Angelegenheit". Nehru sagte, nach seiner Meinung müsse der Versuch, eine Gipfelkonferenz einzuberufen, unter günstigeren Umständen gemacht werden als sie jetzt sind.

Eindeutig gegen Völkerrecht

Der Chefredakteur des „Hamburger Echo", Dr. Henrich, schreibt: „Der Fall von Swerdlowsk ist nun einmal keine gewöhnliche Spionageaffäre, sondern unzweideutig eine völkerrechtswidrige Verletzung des sowjetischen Luftraums."

New York Post

In der „New York Post" verweist der amerikanische Journalist Barry auf die Erklärungen Eisenhowers und Herters, die die Spionageflüge ausdrücklich billigten, und schreibt dann:

„Folglich stellte Herr Chruschtschow seine scharfen und — dies ist die Meinung unparteiischer Beobachter, unter denen sich viele unserer Verbündeten befinden — verständlichen Bedingungen: daß nämlich solche Flüge unterbleiben müssen, daß die USA sich entschuldigen, die Verantwortlichen für den jüngsten Zwischenfall bestrafen und garantieren, daß sich solche Dinge nicht wiederholen."

USA tragen Verantwortung

Wer am Vorabend einer solchen Konferenz Spionageflugzeuge über ein Land, mit dem er verhandeln will, schickt, wer zwei Stunden vor einer solchen Konferenz, von der sich die ganze Welt Entspannung erhoffte, seinen Streitkräften Alarm gibt, der trägt die Verantwortung für das Scheitern." Das stellte Manfred Sokolow, Betriebsrat einer Essener Schachtanlage, fest.

Neu Delhi

Die weit verbreitete indische Zeitung „Indian Express" hat den amerikanischen Präsidenten Eisenhower für das Scheitern der Pariser Verhandlungen verantwortlich gemacht. Das Blatt wirft Eisenhower vor, daß er die Spionageflüge über der Sowjetunion sanktioniert und „offen die aggressiven Absichten gebilligt" habe.

Scharfe Kritik der Demokraten

Die Demokraten fordern eine Untersuchung über die Art, wie Eisenhower

auf den Abschuß der amerikanischen Aufklärungsmaschine über dem Gebiet der Sowjetunion reagiert habe. Die Behandlung des Flugzeugzwischenfalls habe dazu geführt, daß Eisenhower direkt oder indirekt für die bisher größten Beschuldigungen und Erniedrigungen in der Geschichte der USA der letzten Jahre verantwortlich sei.

Diese Feststellung des demokratischen Parteigremiums ist unterzeichnet von Senator John Kennedy, dem zur Zeit führenden Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen, Expräsident Harry S. Truman, Senator Stewart Symington und Adlai Stevenson.

Eine andere Gruppe amerikanischer Demokraten, der zwölf Abgeordnete des Repräsentantenhauses sowie Wissenschaftler und Lehrer angehören, hat den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und eine Einigung der beiden Teile Deutschlands über eine Wiedervereinigung ohne Einmischung irgendwelcher Art vorgeschlagen. Die Gruppe, die insgesamt aus 52 Mitgliedern besteht, ist der Ansicht, daß eine fortgesetzte Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO die dauernde Teilung Deutschlands und den fast unvermeidbaren Verlust Westberlins an die DDR bedeute.

Die 52 Demokraten fordern die Anerkennung Chinas durch die USA und sprechen sich dafür aus, daß China künftig durch die Pekinger Regierung in den Vereinten Nationen vertreten werde. „Telegraf" vom 24. 5. 60

Sonderdruck: Neuer Stern. Redaktion: Berlin-Spandau, Moltkestr. 7, Tel.: 37 40 20. KM.-Druck, Berlin SW 61